



Stadt der Frauen

25 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

25 Jahre Netzwerk zwischen
Zivilgesellschaft und Parlament

25 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

25 Jahre Netzwerk zwischen
Zivilgesellschaft und Parlament

Abbildungsverzeichnis

- Titelbild:** Logo Überparteiliche Fraueninitiative Berlin/Künstlerin: Marie Marcks: »Frauen – Opfer der Einheit«
- S. 18:** Saskia Blume, Monika Wissel, Birgit Hartigs, Christel Wietusch, Uta Denzin-von Broich-Oppert, Elke Herer, Kerstin Wietusch, Christiane Droste, Judith Brandner
- S. 21:** Britta Köppen, »Psychologische Beratung für wohnungslose Frauen« (GEBEWO pro gGmbH); Eva-Maria Heise; Martina Krägeloh, »Notübernachtung für Frauen« (GEBEWO pro gGmbH); MdA Heiko Thomas (Bündnis 90/Die Grünen)
- S. 29:** Mitglieder des Abgeordnetenhauses Canan Bayram (SPD); Ramona Pop (Bündnis 90/Die Grünen); Mieke Senftleben (FDP)
- S. 29 unten:** Anja Kofbinger, (Bündnis 90/Die Grünen); Dr. Ina Czyborra, (SPD); Simon Kowalewski, (Piratenpartei); Sabine Smentek, Überparteiliche Fraueninitiative
- S. 30 oben:** Rebecca Aust, Einrichtungsleiterin FrauenBeDacht; Dr. Pia Kaiser, Vorstand der Überparteilichen Fraueninitiative; Judith Brandner, Anwältin und Mitfrau der Überparteilichen Fraueninitiative; Carola von Braun, Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative; Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin; Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung; Uta Denzin-von Broich-Oppert, Kerstin Wietusch, beide Vorstand Überparteiliche Fraueninitiative
- S. 30 unten:** Astrid Landero, Projektmanagerin des Frauenzentrums Paula Panke; Magda Albrecht, Mädchennschaft e.V.; Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin für Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg; Kerstin Wietusch, Vorstand Überparteiliche Fraueninitiative; Hannelore Buls, Leiterin des Bereiches Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di
- S. 31:** Rabeya Müller, Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung; Carola von Braun, Sprecherin Überparteiliche Fraueninitiative, Carla Amina Baghajati, Medienreferentin der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich
- S. 32 oben:** Teilnehmerinnen des Workshops
- S. 32 unten:** Annette Niewöhner, Abteilung Gleichstellung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales; Christel Wietusch, Vorstand Überparteiliche Fraueninitiative; eine Teilnehmerin des Lernhausprojektes; Christiane Klingspor, Koordinatorin des Lernhausprojektes
- S. 35 oben:** Christel Wietusch, Vorstand Überparteiliche Fraueninitiative Berlin und Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin und Senatorin a. D.
- S. 35 unten:** Prof. Dr. Herta Kuhrig, ehemals Institut für Soziologie und Sozialpolitik in der Akademie der Wissenschaften der DDR und Prof. em. Christina Thürmer-Rohr, Sozialwissenschaftlerin
- S. 36 oben:** Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Präsidentin der ersten demokratisch gewählten Volkskammer der DDR, Parlamentarische Staatssekretärin a. D., Bundesministerin a. D., MdB a. D. (CDU), Präsidentin des DRK Berlin-Brandenburg; Ina Krauß, Journalistinnenverband Berlin, Renate Bremmert, Frauenbeauftragte Berlin-Neukölln
- S. 36 Mitte:** im Vordergrund Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (FDP) und Carola von Braun, Sprecherin Überparteiliche Fraueninitiative
- S. 36 unten:** Bosiljka Schedlich, Zentrum südost Europa Kultur e.V. und Frauennetzwerk für Frieden e.V.; Elke Herer, MdA (PDS) und Überparteiliche Fraueninitiative; unbekannt; Kerstin Drobick, Gleichstellungsbeauftragte in Berlin-Mitte; Gisela Vollradt, Frauenforschungs-, -bildungs und Informationszentrum und Überparteiliche Fraueninitiative
- S. 37:** Teilnehmerinnen des Empfangs
- S. 44 oben:** 1. Reihe: Monika Wissel, Pia Kaiser, Gisela Vollradt, Christel Wietusch, Birgit Hartigs, Elke Herer; 2. Reihe: Uta Denzin-von Broich-Oppert, Petra Tesch, Carola von Braun
- S. 49:** Elke Herer, Vorstand Überparteiliche Fraueninitiative, MdA a. D. (PDS); Gisela Mießner, Zeitzeugin; Gabriele Schöttler, Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen; Ingeborg Hunzinger, Bildhauerin, Gestalterin des Denkmals; Prof. Rita Süßmuth, MdB (CDU) und Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Bundesministerin a. D.
- S. 55:** Teilnehmerinnen des Empfangs
- S. 59:** Neujahrsempfang 2015: Prof. Rita Süßmuth, MdB (CDU) und Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Bundesministerin a. D.; Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin Bundesverfassungsgericht a. D., Senatorin a. D.
- (Auflistung auf allen Abbildungen v. l. n. r.)**

Inhalt

Das Abgeordnetenhaus von Berlin gratuliert:

25 Jahre »Überparteiliche Fraueninitiative Berlin –
Stadt der Frauen e. V.«

Ralf Wieland

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin 4

Wie alles begann und was wir wollen

Carola v. Braun und Elke Herer

Gründungsmitglieder der Überparteilichen

Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V. 8

Eine überparteiliche Fraueninitiative für Berlin

Carola v. Braun, Uta Denzin-v. Broich-Oppert,

Birgit Hartigs, Elke Herer, Christel Wietusch 18

I. Woran wir gemeinsam arbeiten: unsere zentralen Themen 19

II. Netzwerken und Kooperieren für Frauen- und Gleichstellungspolitik 34

III. Was wir auch künftig bieten wollen: einen zivilgesellschaftlichen
Raum für den übergreifenden, respektvollen Diskurs 41

IV. Aktivitäten der Überparteilichen Fraueninitiative im
chronologischen Überblick 43

Eine »Welt in Scherben«? – Gender, Nation und Pluralität

Christina Thürmer-Rohr

Festvortrag auf dem Neujahrsempfang 2017 anlässlich des
25-jährigen Bestehens der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin 64

Impressum 72

Vorwort

Das Abgeordnetenhaus von Berlin gratuliert: 25 Jahre »Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V.«



Wir schreiben das Jahr 1992. Eine Zeit, in der viele Veränderungen und notwendige, manchmal konfliktreiche Anpassungen zwischen Ost und West bewältigt werden mussten. Aber diese Zeit war eben auch ein großes Plus, weil sie die Gelegenheit bot, sich schneller gegenseitig kennen zu lernen. Kein anderes Bundesland und kein anderer Landtag hatten diese Anpassungskonflikte innerhalb des eigenen Gebietes zu bewältigen. Insofern hatte die Berliner Vereinigung von Ost und West auch im Abgeordnetenhaus ihre sehr eigene Ausprägung.

In dieser manchmal turbulenten Zeit hatten es frauen- und genderrelevante Themen schwerer, politisch und öffentlich wahrgenommen zu werden. Aber einigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses fiel es auf. Die Idee wurde geboren, eine überparteiliche und fraktionsübergreifende Initiative zu gründen, die sich dafür einsetzen sollte, dass Themen nicht zu kurz kommen, die unter Frauen- und Gendergesichtspunkten wichtig sind oder werden könnten. Die »Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen« wurde gegründet.

Schon die Zusammensetzung der Gründerinnen-Initiative zeigt Ungewöhnliches:

Alle frauenpolitischen Sprecherinnen der damals fünf Fraktionen – SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne, PDS und FDP – beteiligten sich. Aus drei Fraktionen kamen Frauen aus dem Vorsitzgremium: zwei weibliche Fraktionsvorsitzende, die zugleich auch das Amt der frauenpolitischen Sprecherin innehatten, und eine Stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Und ebenso ungewöhnlich war, dass drei Senatorinnen von Anfang an die Arbeit der Initiative unterstützten.

Das Außergewöhnliche an dieser Initiative fiel zunächst im öffentlichen Raum nicht besonders auf. Man unterschätzte anfangs auch die Gründung, weil sich eben »nur« Frauen gefunden hatten. Allerdings: Es gab in diesen Jahren so viel Erstaunliches wahrzunehmen.

Schon bald machte sich die Initiative in politisch interessierten Kreisen bemerkbar: durch ihre strikte Überparteilichkeit und durch die Tatsache, dass sie von Anfang an eng mit der Zivilgesellschaft und vielen Berliner Fraueninitiativen zusammenarbeitete. Aber auch dadurch, dass die »ÜPFI«, wie sie bald liebevoll-ironisch genannt wurde, im Abgeordnetenhaus geboren worden war und vom Präsidium als ein »Kind des Abgeordnetenhauses« betrachtet wurde.

Das zeigen auch ihre zunehmend öffentlich wahrgenommenen Veranstaltungen. Sie fanden im Abgeordnetenhaus eine offene Tür mit tatkräftiger Unterstützung von Fraktionen und Präsidenten. Die von Anfang an enge Zusammenarbeit von Überparteilicher Fraueninitiative und Parlamentarierinnen bildete eine Brückenfunktion zwischen Zivilgesellschaft und Politik und führte dazu, dass viele Themen schon früh behandelt wurden, oft lange bevor sie in der allgemeinen politischen Debatte auftauchten.

Die Überparteiliche hat sich auf vielen Gebieten eingemischt, zum Beispiel in Fragen der Berliner Verfassung, in Wissenschaft und Geschlechterforschung, in Themen wie »Demographische Entwicklung und Gender«, »Bedingungsloses Grundeinkommen und Auswirkungen auf die Genderfrage« und seit einigen Jahren verstärkt in das wachsende Problem der Obdachlosigkeit von Frauen – um nur einige aus der umfangreichen Liste ihrer Aktivitäten zu nennen.

Die Vielfalt ihrer Arbeit hat mich stets beeindruckt wie auch die Tatsache, dass sie in all diesen Jahren ein partei- und generationenübergreifendes Forum bot. Sie hat dazu eine Fülle von Instrumenten und Formaten entwickelt, u. a. Positionspapiere mit Forderungen an die Politik, Stellungnahmen und offene Briefe, auch an Unternehmen und Medien, die in etlichen Fällen durchaus Wirkung hatten, wie die Berichte zeigen.

Mit ihrem Engagement und ihrer Einmischung in die Berliner Politik hat die überparteiliche Fraueninitiative dazu beigetragen, dass wir in Berlin einiges erreicht haben. Das betrifft zum Beispiel den Wissenschaftsbeirath mit seinen bundesweit anerkannten Genderforschungseinrichtungen und dem höchsten Anteil von Professorinnen.

Die Überparteiliche ist zwar eine Berliner Initiative, aber nicht auf Landespolitik begrenzt. Beispielhaft sei hier der zweitägige, hochkarätig besetzte Kongress »Europa der Bürgerinnen« mit über 300 politisch aktiven Teilnehmerinnen aus 26 Ländern genannt. Das Abgeordnetenhaus stellte für diesen Kongress den Plenarsaal zur Verfügung – als Geste der Würdigung und Anerkennung hervorragenden ehrenamtlichen Engagements. Inhalte und Statements des Kongresses, zum Beispiel »Kein Mensch ist illegal«, sind heute so aktuell wie damals vor rund 20 Jahren.

Und ein aktuelles Beispiel des Vereins für eine den Landes- und nationalen Rahmen übergreifende, frauen- und genderpolitische Perspektive ist die Kongressreihe »Was ist Leistung?«, in der Theorie und Forschungsergebnisse gebündelt werden.

Die Gleichstellungspolitik hat sich in den letzten 25 Jahren ihren Weg gebahnt von einer Politik für Frauen hin zu einer Politik der Geschlechtergerechtigkeit und Chancengerechtigkeit. Jedem die Freiheit der Gestaltung seines ganz eigenen Lebensentwurfes zu eröffnen, ist Aufgabe moderner Gesellschaftspolitik und modernen Gesellschaftsverständnisses.

In diesem Sinne hat sich die ÜPFI auch für die Zukunft viel vorgenommen. Neben der Arbeit von Parlament und Exekutive ist ein zivilgesellschaftliches Engagement wie ihres unverzichtbar. Trotz aller Fortschritte haben wir das Verfassungsziel der Gleichberechtigung/Gleichstellung noch nicht in allen Bereichen erreicht. Die Umsetzung dieses Verfassungsziels ist aber für die gesellschaftliche Weiterentwicklung, den gesellschaftlichen Frieden und ein solidarisches Miteinander unerlässlich.

Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V. kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie in ihrer 25-jährigen Tätigkeit einen wichtigen Beitrag für die Berliner Gleichstellungspolitik und damit letztlich auch für die Umsetzung dieses Verfassungszieles erbracht hat. Sie ist Beispiel für die gerade in der heutigen Zeit so notwendige überparteiliche Zusammenarbeit.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin freut sich über die sichtbare Unterstützung dieser Aktivitäten durch viele Mitglieder des Abgeordnetenhauses und möchte mit dieser Broschüre seine Wertschätzung für die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V. ausdrücken. Wir gratulieren zum 25-jährigen Bestehen und wünschen für die nächsten 25 Jahre viel Erfolg.



Ralf Wieland
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Wie alles begann und was wir wollen

Carola v. Braun und Elke Herer
Gründungsmitglieder der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin –
Stadt der Frauen e. V.



Die Gründungsmitglieder der Überparteilichen Fraueninitiative Carola von Braun und Elke Herer.

Carola v. Braun (C. v. B.): Die Idee, sich als Frauen über die Fraktionen hinweg zusammenzuschließen, entwickelte sich ab 1991, in der ersten Legislaturperiode des wiedervereinigten Abgeordnetenhauses Berlin, dem einzigen Landesparlament Deutschlands, in dem Ost und West gleichermaßen vertreten waren und das den – manchmal konflikthaften – Umgang zwischen Ost- und Westbefahrungen erlernte. Die Idee einer überparteilichen Zusammenarbeit spukte mir schon seit Längerem im Kopf herum, tauchte immer dann wieder auf, wenn ich als Fraktionsvorsitzende

und frauenpolitische Sprecherin in meiner mehrheitlich männerdominierten liberalen Fraktion wieder einmal endlos Überzeugungsarbeit leisten musste, um frauenrelevante Themen durchzusetzen. Irgendwann war die Situation besonders ärgerlich, und daraufhin sprach ich Abgeordnete anderer Fraktionen an, die ähnlich frustrierende Erlebnisse wie ich hatten. So auch Sybill Klotz von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/AL/UFV. Obwohl sie Fraktionssprecherin und der Frauenanteil in ihrer Fraktion wesentlich höher war, vertrat sie die Auffassung, dass auch Frauen »in Amt und Würden an die Grenzen ihrer frauenpolitischen Wirksamkeit stoßen«. Dem war nichts hinzuzufügen. Im Jahr 1992 entschieden wir uns zu dem Versuch einer überparteilichen Zusammenarbeit zu ausgewählten und abgestimmten Themen und Anlässen. Weitere Mitgründerinnen waren die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen: Ingrid Holzträger, SPD-Fraktion – deren überzeugte Mitarbeit von Anfang an wir nicht vergessen werden –, Irina Schlicht, CDU-Fraktion, Elke Herer, PDS-Fraktion, sowie engagierte Mitarbeiterinnen der Fraktionen. Wir können also sagen, dass die überparteiliche Fraueninitiative Berlin ein Kind des Berliner Abgeordnetenhauses ist. Sie ist in dieser Form und in dieser Dauer (seit 1992) – wie wir glauben – einmalig in der Bundesrepublik Deutschland.

Elke Herer (E. H.): Die Idee und die Initiative von Carola v. Braun kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Als ehemalige, anerkannte erste Frauenbeauftragte von Berlin mit gelebter überparteilicher Sicht der Dinge und als Liberale war sie bestens geeignet, die Initiative zu ergreifen. Aus meiner Sicht hätte keine andere frauenpolitische Sprecherin diese Zustimmung der anderen Frauenpolitikerinnen der einzelnen Fraktionen erhalten. Alle frauenpolitischen Sprecherinnen waren überzeugt, dass die vorgesehene Zusammenarbeit eine große Chance für alle sei, im Abgeordnetenhaus mehr für Frauen durchzusetzen.

Gleichzeitig war von Anfang an klar, dass wir auch die Unterstützung aus der Stadt brauchten, um bei bestimmten Themen, wie z. B. bei der Haushaltsdebatte zu Frauenprojekten, gemeinsam vorzugehen. An dieser Stelle war unsere Gründungsmitfrau Gisela Vollradt (1935–2015: Mitbegründerin des Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrums FFBIZ sowie Mitfrau des Arbeitskreises der autonomen Frauenprojekte) die unterstützende Kraft, um eine Verzahnung zwischen Abgeordneten, den Frauenprojekten bzw. den Institutionen zu erreichen. Dabei hatte sie es nicht leicht und war mancher Anfeindung ausgesetzt, weil damals

gerade im autonomen Frauenbereich die Vorbehalte gegenüber institutionellen Zusammenschlüssen groß waren. Oft bekam sie die Frage zu hören, was sie bei den Frauen im Parlament wolle. Erst in der Kooperation begann sich das Misstrauen abzubauen, und so manche gemeinsame Aktion z. B. zum Erhalt bzw. zur Neugründung von Frauenprojekten haben wir dann gemeinsam erfolgreich durchgeführt, als enge Verbindung von Parlamentarierinnen und Zivilgesellschaft.

C.v.B.: Diese Zurückhaltung traf auch anfangs auf die Verwaltung zu. Frau musste sich damit auseinandersetzen, dass eine kleine überparteiliche Fraueninitiative schon deshalb nicht ernst genommen zu werden brauchte, weil sie weder über Geld noch über Lobbyisten verfügte. Um politische Öffentlichkeit zu erreichen, haben wir deshalb neben den Vertreterinnen der Gleichstellungsbeauftragten und der Frauenprojekte auch um die Unterstützung der Berliner Senatorinnen, Wissenschaftlerinnen, Gewerkschafterinnen sowie Frauen aus anderen großen Verbänden geworben. Wir freuten uns, dass unsere Anfragen überall auf Interesse stießen. Insbesondere Dr. Christine Bergmann als Senatorin für Arbeit und Frauen engagierte sich von Anfang an für unser Vorhaben und gewann ihre Kolleginnen Prof. Jutta Limbach (Justizsenatorin und später erste Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts), Ingrid Stahmer (Sozialsenatorin) und später auch die Nachfolgerin von Prof. Jutta Limbach als Justizsenatorin, Dr. Lore-Maria Peschel-Gutzeit, für die Mitarbeit.

In einer Zeit, als die PDS von den anderen Parteien gemieden wurde, gab es plötzlich eine Gruppe von Frauen aller Fraktionen, die bereit war, sich gemeinsam für frauenpolitische Belange einzusetzen.

E.H.: Für mich hatte diese Initiative noch eine ganz andere Dimension. In einer Zeit, als die PDS von den anderen Parteien im Parlament vor allem gemieden bzw. angegriffen wurde, hatten wir einen schweren Stand. Und da gab es plötzlich

eine Gruppe von Frauen aller Fraktionen, die bereit war, sich gemeinsam für frauenpolitische Belange einzusetzen. Das war schon aufregend für mich und manche in meiner Fraktion – SED/PDS-Frauen hatten 1989 die Partei nicht aufgeben wollen und sich für neue (auch feministische) Inhalte mit einer demokratisch-sozialistischen Orientierung stark gemacht. Damit war aber die PDS innerparteilich noch lange nicht feministisch, obwohl es die streitbare feministische Frauenarbeitsgemein-

schaft »LISA« bereits gab. Durch meine Mitarbeit in der Überparteilichen erhielt ich viele neue Erkenntnisse und Anregungen für meine Arbeit als frauenpolitische Sprecherin und als Vorsitzende des damaligen Frauenausschusses.

C. v. B.: Aber auch wir Frauen aus dem Westteil machten einen Lernprozess durch, denn wir waren gut beraten, immer die »Ostvariante« einer Handlung mitzudenken. Ich erinnere mich, dass wir aufgrund der unterschiedlichen Lebensentwürfe und Positionen in Ost und West heiÙe Debatten führten, allerdings unterschiedliche Standpunkte manchmal einfach nebeneinanderstehen lieÙen, vor allem aber – eine Grundregel – nie verletzend wurden. Der Anfang war wirklich nicht einfach, zumal einzelne Frauen unter Druck kamen und aufgefordert wurden, unser Bündnis nicht über Parteiinteressen zu stellen.

E. H.: Ich denke in diesem Zusammenhang an die frauenpolitische Sprecherin der CDU, die offenbar von ihrer Fraktion gedrängt wurde, die Mitarbeit in der Überparteilichen einzustellen, weil eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht erwünscht war.

C. v. B.: Ja, das war leider so. Trotzdem gab es immer wieder Aktionen, an denen alle Parteien im Abgeordnetenhaus beteiligt waren und übereinstimmende Positionen zeigten, wie z. B. bei der Forderung »Frauenförderung in das Grundgesetz bzw. in die Berliner Verfassung«. Natürlich haben wir intern immer wieder Schwierigkeiten überwinden müssen, und müssen es noch. Denn es stellte sich wenig überraschend heraus, dass niemand von uns Frauen ihren politischen Herkunftsort verleugnen wollte oder konnte und dass es deshalb manchmal schwierig war, sich auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen. Besonders kompliziert ist Überparteilichkeit natürlich in Wahlkampfzeiten, wo wir außerhalb der Fraueninitiative sogar Konkurrentinnen um Wahlstimmen sein können.

Wir mussten erst mühsam lernen, die üblichen Rituale zwischen der Regierungs- und der Oppositionsbank aus der Fraueninitiative herauszuhalten. Schwierig war es auch für einzelne Abgeordnete, für die einzelne Frau in den Organisationen und Projekten, den Druck in ihrer

Wir mussten mühsam lernen, die üblichen Rituale zwischen Regierungs- und Oppositionsbank aus der Fraueninitiative herauszuhalten.

Herkunftsorganisation auszuhalten. Einige von uns mussten sich – bestenfalls – spöttische Kommentare über ihre Aktivität in der Überparteilichen gefallen lassen. In den Fraktionen wurde Überparteilichkeit unterschiedlich bewertet, teilweise sogar als unpolitisch und in gewisser Weise als naiv gesehen. Aber mit der Zeit stellte sich heraus, dass die Zusammenarbeit zwischen Projekten, Wissenschaftlerinnen und anderen gesellschaftlichen Kräften auf der einen Seite und den Parlamentarierinnen auf der anderen für beide Seiten nützlich war. Das zeigte sich unter anderem bei unserer Veranstaltung über »Existenzgründungen von Frauen und Perspektiven neuen Wirtschaftens« oder beim Kampf gegen den § 218. Rückblickend können wir feststellen, dass wir etliche frauenrelevante Themen im Abgeordnetenhaus angeregt haben und dass wir z.B. in jahrelangem Engagement gemeinsam verhindern konnten, dass der Sparzwang sich nicht unverhältnismäßig auf die Fraueninfrastruktur ausgewirkt hat.

Heute freuen wir uns über eine durchweg konstruktive politische Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Abgeordnetenhauses.

Heute freuen wir uns über eine durchweg konstruktive politische Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Abgeordnetenhauses, wenn es z.B. um die Weiterleitung und öffentliche Diskussion von politischen Positionspapieren oder auch um organisatorische Unterstützung unserer Veranstaltungen geht. Auch die Tatsache, dass das Präsidium des Abgeordnetenhauses unsere Veranstaltungen immer – wo erbeten – mit einem kompetenten Grußwort an die Teilnehmerinnen geehrt hat, beweist, dass dem Abgeordnetenhaus ein guter Kontakt zur Zivilgesellschaft wichtig ist.

Ein anderes Beispiel für unsere enge überparteiliche Kooperation zwischen Abgeordnetenhaus und Zivilgesellschaft ist seit 2010 das Thema »Wachsende Obdachlosigkeit von Frauen (mit und ohne Kinder)«. Wir sind dankbar, dass die zuständigen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses – auch dank des Einsatzes der damaligen Ausschuss-Vorsitzenden Minka Dott (DIE LINKE) – auf unsere Anregung hin im Januar 2012 die erste Anhörung zu diesem Problem durchführten, engagierte an unseren nachfolgenden Fach-Veranstaltungen 2015 und 2016 teilnahmen und die dort entwickelten Forderungen und Positionen z.T. in ihre politischen Programme aufnahmen.

E.H.: Auch wenn inzwischen viele verdienstvolle Projekte schließen mussten, so muss frau doch festhalten, dass Berlin – im Vergleich zu anderen Kommunen – noch immer die höchstentwickelte Frauen-Infrastruktur aufweist. Das war nur dank der Überparteilichen Zusammenarbeit und der Vernetzung der frauenpolitischen Arbeit möglich.

Wie stark wir bereits 1995 geworden waren, zeigte sich ebenso bei unserer Aktion gegen die sexistische Werbung von Kaiser's und dem Sender 100,6. Als wir drohten, die Frauen zum Boykott gegen beide aufzurufen, verschwanden berlinweit innerhalb von einer Woche die entsprechenden Plakate. Das war schon beeindruckend.

Aber noch einige Bemerkungen zur Form der überparteilichen Zusammenarbeit. Diese hat sich geändert. In der Gründungsphase und in den ersten Jahren der Initiative haben wir immer in einer Kerngruppe von bis zu 20 Frauen (»Aktiventreffen«) zusammengesessen und beraten. Diese Frauen kamen als Multiplikatorinnen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen Berlins. Und so waren unsere gemeinsamen Festlegungen in der Regel am nächsten Tag bei den entsprechenden Vereinen oder Projekten. Inzwischen sind wir selbst ein Verein mit gewählten und kooptierten Vorstandsmitgliedern, der aber nach wie vor in fast allen gesellschaftlichen Bereichen Kontakte unterhält. Sehr deutlich wird das breite Spektrum der Kooperationspartnerinnen bei unseren jährlichen Neujahrsempfängen im Abgeordnetenhaus von Berlin.

C.v.B.: In der Gründungsphase war die frauenpolitische Bandbreite der monatlichen Treffen äußerst wichtig, weil sich viele Veränderungen in der Stadt explosionsartig vollzogen und wir Frauen gezwungen waren, ebenso schnell parteiübergreifend und auf den unterschiedlichen Ebenen zu reagieren. Die Veränderungen betrafen ja nicht nur den Ostteil der Stadt, sondern auch im Westteil fiel manche Vergünstigung weg. Da wurde dann um jedes alte Frauenprojekt im Westteil, um jede Neugründung im Ostteil finanziell und politisch gerungen. Wir brauchten uns gegenseitig, um uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

Da wurde dann um jedes alte Frauenprojekt im Westteil, um jede Neugründung im Ostteil finanziell und politisch gerungen. Wir brauchten uns gegenseitig, um uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

Zu Beginn waren wir rund 50 Mitglieder, die Zahl der ordentlichen Mitglieder stieg nur langsam. Aber eines ist uns besonders wichtig: fast alle früheren Parlamentarierinnen, die von Anfang an bei uns Mitglieder waren, sind auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament Mitglieder der Überparteilichen geblieben, und die neuen frauenpolitischen Sprecherinnen traten mehrheitlich bei uns ein – der Generationswechsel in unserer Initiative gelang also beispielhaft.

Seit Mitte der 90er-Jahre spielt in unserer Arbeit das Internet eine immer größere Rolle. Unser Internetverteiler weist inzwischen über 1.600 Adressen von Berlinerinnen in allen möglichen Positionen auf, die an unseren Informationen und an unseren Themen interessiert sind. Wir freuen uns sehr darüber, dass mit diesem wichtigen Öffentlichkeitsinstrument unsere Ziele und Themen schnell und effektiv verbreitet und im Notfall auch mobilisiert werden können.

Ich finde, das gemeinsame, übergreifende politische Handeln sollte im gesellschaftlichen Leben wie auf der gesamten politischen Ebene zur Normalität werden.

E. H.: Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Ich halte Überparteilichkeit für zukunftsweisend. Das hat auch unser Kongress »Europa – Union der Bürgerinnen« aus dem Jahr 1998 gezeigt, der für die politische Arbeit von heute relevant bleibt und sogar im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses stattfinden durfte (was von den Teilnehmerinnen durchweg als Ehre empfunden wurde). Der Kongress entwickelte sich in jeder Hinsicht fast zu einem kleinen EU-Parlament. Ein besonders eindrückliches Beispiel: Teilnehmerinnen aus den skandinavischen Ländern waren an manchen Stellen der Diskussion drauf und dran, den Kongress zu verlassen – weil ihnen die Forderungen nicht weit genug gingen –, während die Diskussionen und Forderungen des Kongresses vielen Teilnehmerinnen aus Südeuropa viel zu weit gingen, weil sie die Sorge hatten, zu Hause damit größere Konflikte auszulösen. Trotzdem haben wir uns auf diesem Kongress auf gemeinsame Zukunftsstrategien verständigt, mit dem Ziel, Europa nicht zu einem Herrenclub werden zu lassen.

Ein weiterer großer Erfolg war die Tatsache, dass dank der überparteilichen Zusammenarbeit und dem effektiven öffentlichen gemeinsamen Unterstützungsaufwurf erreicht wurde, dass die Enquete-Kommission

des Berliner Abgeordnetenhauses folgenden Gleichstellungsauftrag in der Berliner Verfassung durchgesetzt hat: »Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, die Gleichstellung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens herzustellen und zu sichern. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen zu gleichen Anteilen vertreten sind. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Förderung zulässig.«

C.v.B. und E.H.: Um solch überparteiliches Vorgehen zu gewährleisten, bedarf es auch entsprechender Umgangsformen. Wir haben von 1992 an einen Verhaltenskodex erarbeitet, der noch heute Gültigkeit für uns hat. Überparteilichkeit ist eine Gratwanderung und nicht leicht zu handhaben.

Hervorheben wollen wir Grundsätze wie:

- oberster Wille ist gemeinsames Handeln,
- die engen Grenzen der Parteien überwinden: das heißt, auch unterschiedliche Haltungen anzuerkennen, aber sachlich damit umzugehen,
- das Netzwerken über die Grenzen des Parlaments hinaus in viele gesellschaftliche Bereiche verstärken und somit Politik, Verwaltung und Projekte verbinden,
- dieses Brückenschlagen bedeutet aus heutiger Sicht vor allen Dingen, mit ausgewählten Verbündeten ein spezielles Thema in die Gesellschaft zu tragen, öffentliche Aktionen mit einem Thema zu beeinflussen, Unterstützung von Abgeordneten und Fraktionen zu gewinnen und Abgeordneten Unterstützung bei frauenpolitischen Vorhaben zu geben, die Kräfte zu bündeln, um sich einzumischen. Als jüngere Beispiele dafür wären hier unsere Veranstaltungen mit Berliner Wissenschaftlerinnen zur Geschlechterforschung zu nennen, die als Wissenschaft wieder verstärkt unter Rechtfertigungsdruck gerät. Andere Beispiele sind die Themenschwerpunkte und Veranstaltungen zum Thema »Was ist Leistung?« – die die Notwendigkeit einer anderen Bewertung der (bezahlten und unbezahlten) Leistung von Frauen darstellen und begründen – oder das besonders bedrückende und wachsende Problem »Obdachlosigkeit von Frauen«.

Überparteilichkeit setzt für uns voraus:

- Statt der Gegensätze stehen die möglichen Gemeinsamkeiten im Vordergrund. Es gilt, jeweils den gemeinsamen Nenner zu finden.
- Niemand wird »vorgeführt«, niemand wird überstimmt.
- Wenn ein Name oder eine Institution als Mitorganisatorin oder Unterzeichnerin im Zusammenhang mit der Überparteilichen genannt wird, muss klar sein, dass die Person oder Institution informiert und einverstanden ist.
- Es muss klar sein, welche Frau innerhalb der Überparteilichen Fraueninitiative welche Organisation vertritt. Die Vertreterin der jeweiligen Organisation ist selbst verantwortlich für die Bekanntgabe, ggf. Umsetzung und Abstimmung des jeweiligen Beschlusses in ihrer Organisation.
- Für das Handeln der Überparteilichen Fraueninitiative nach außen muss Konsens erzielt werden.

Wie soll es weitergehen?

Für uns von ganz besonderer Bedeutung sind die Ergebnisse des Kongresses »Europa – Union der Bürgerinnen«. Wir wollen aus den Strategien und den Erfahrungen von politischen Frauen aus anderen europäischen Ländern lernen. Wir werden daran arbeiten, dass auch Frauen in anderen Parlamenten ein solches Instrument der Überparteilichkeit entwickeln, zum Beispiel im Bundestag oder in den Parlamenten anderer europäischer Länder, aber auch auf Länder- und Kommunalebene.

Wir sind sicher:

Die verkrustete Parteiendemokratie Europas wird in wenigen Jahren völlig verändert sein – auch durch überparteiliche Bürgerinitiativen. Die Frauenbewegung war vielleicht die erste und mächtigste Überparteiliche Bürgerinitiative. Wenn jetzt politisch aktive Frauen in den Parteien punktuell zu bestimmten Themen überparteilich zusammenarbeiten, so kann das die Frauenbewegung nur stärken. Umgekehrt erhalten so die aktiven politischen Frauen in den Parteien, in den Organisationen und autonomen Projekten mehr politische Durchsetzungskraft. Überparteilichkeit ist die Stärke und die Zukunft der Frauenbewegung.

Carola v. Braun

*geb. 1942 in Nakuru/Kenia, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, Studium: Anglistik und Geschichte, Mitglied der FDP seit 1974
1974–1983 Kommunalpolitikerin (Kreistag Rhein-Sieg) Mitglied des Bundestages von 1980–1983
1984–1990 Erste Frauenbeauftragte des Berliner Senats
1990–1994 Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner FDP
1994–2005 Abteilungsleiterin bei der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung, Frauen. Gründungsmitglied und seit Mitte der 90er-Jahre Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen.*

Elke Herer

*geb. 1943 in Leipzig, verh., zwei Kinder, Technische Zeichnerin und Diplomstaatswissenschaftlerin, verschiedene Tätigkeiten in Rostock und Berlin bei der Freien Deutschen Jugend (FDJ)
1976/1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Internationalen Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung und Vorsitzende der Frauenkommission, Mitglied der SED, seit 1990 Mitglied der PDS/DIE LINKE
Mai bis Dez. 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Ostberlin und Stellv. Präsidentin, Mitglied im Fraktionsvorstand
1991–1999 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, bis 1995 Stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion PDS/DIE LINKE und Vorsitzende im Ausschuss für Frauenfragen
Gründungs- und Ehrenmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V.*

Wir gedenken unseres Gründungs- und Ehrenmitglieds Gisela Vollradt, geb. 1935 in Essen, seit 1957 Berlinerin, Gymnasiallehrerin a. D. für Geschichte und Latein, seit 1978 (frauen-)politisch aktiv im Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum FFBIZ, in diversen Projekte-Netzwerken und seit der Gründung 1992 auch in der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen. Gisela Vollradt verstarb im März 2015. Mit ihren Ideen zur Vorbereitung und Koordinierung von Aktionen in die Frauenszene Berlins hinein, durch ihre aktive Mitarbeit bei der Erarbeitung von Grundsätzlichem wie z. B. bei den Festlegungen zum Verhaltenskodex sowie ihrem Engagement bei der Archivierung wertvoller Dokumente hat sich Gisela für immer unsere Anerkennung und unseren Respekt erworben und soll hier ausdrücklich Erwähnung finden.

Eine überparteiliche Fraueninitiative für Berlin

Carola v. Braun, Uta Denzin-v. Broich-Oppert, Birgit Hartigs,
Elke Herer, Christel Wietusch

Aus der ursprünglichen Zusammenarbeit von Frauen aller Fraktionen hat sich ein Parteien und Generationen übergreifendes Bündnis politisch engagierter Frauen nicht nur aus den Fraktionen des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses, sondern darüber hinaus aus Berliner Verwaltungen, Gewerkschaften, dem Wissenschafts- und Bildungsbereich, von Medien, von Frauenprojekten und von engagierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens entwickelt. Wir haben unseren Wirkungskreis vorrangig in Berlin, thematisieren aber grundsätzlich die Situation von Frauen im nationalen und internationalen Zusammenhang. In 25 Jahren wurde eine Fülle unterschiedlicher Veranstaltungs- und »Interventionsformate« für die Arbeit entwickelt, z. B.: Diskussionsveranstaltungen; Kongresse; Stellungnahmen, Protestbriefe und Positionspapiere für den politischen Raum; mehrjährige Projekte; Mitarbeit bei Projekten und Initiativen anderer Frauenverbände.



Mitglieder des Vorstands beim Neujahrsempfang 2016.

Der jeweilige Vorstand der Überparteilichen agiert dabei als »Gesamtkunstwerk«. Auch wenn Beiträge von einzelnen Vorstandsmitgliedern gezeichnet sind, sind sie doch jeweils Ergebnis einer ausführlichen Diskussion des Gesamtvorstandes, der gewählten und kooptierten Vorstandskolleginnen. Darauf fußt auch dieser Beitrag. Zu den Mitgliedern des aktuellen Vorstands gehören außer den Autorinnen des Beitrags noch: Saskia Blume, Dr. Christiane Droste, Dr. Pia Kaiser, Britta Köppen, Eva-Maria Nicolai und Monika Wissel.

I. Woran wir gemeinsam arbeiten: Unsere zentralen Themen

Neben einzelnen Aktionen/Reaktionen auf aktuelle Anlässe sind es vor allem diese großen Themen, die uns über die 25 Jahre nicht losgelassen haben:

Der Einsatz für Frauen-und Menschenrechte

Auch in einer Gesellschaft, die im Grundgesetz die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festlegt, sind Frauenrechte nicht immer in bester Verfassung.

»Frauen in bester Verfassung« war dann auch der Titel des öffentlichen Verfassungspolitischen Runden Tisches, den die Überparteiliche 1993 veranstaltete. Auf dem von Prof. Dr. Jutta Limbach (SPD) moderierten Podium saß u. a. die damalige Parlamentspräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Dr. Hanna-Renate Laurien (CDU).

Dieser Auftaktveranstaltung zur deutschen Verfassungswirklichkeit folgten weitere Veranstaltungen, z. B. 1994 und 1995: »Frauenrechte in die Berliner Verfassung!«

Eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation der Bürgerinnen in den europäischen Staaten leistete die Überparteiliche Fraueninitiative 1998 mit dem schon genannten Internationalen Kongress: »Europa – Union der Bürgerinnen«. Der Kongress verabschiedete eine Erklärung mit Forderungen zur Durchsetzung von Rechten für Frauen in Europa. Die Forderungen umfassen u. a. die Stärkung des Europäischen Parlaments,

die Einführung des Verhältniswahlrechts in allen EU-Ländern, das Verbandsklagerecht am Europäischen Gerichtshof, aktives und passives Wahlrecht aller Europäerinnen bei allen Wahlen an ihrem Wohnort in den Mitgliedsstaaten, eigenständiges Aufenthaltsrecht von Migrantinnen. Auf diese Erklärung einigten sich die Frauen aus allen am Kongress teilnehmenden Nationen von Schweden über die mittel- und ostmitteleuropäischen bis zu den südeuropäischen Ländern trotz durchaus vorhandener Konflikte. Teilnehmerinnen waren u. a.: Prof. Rita Süßmuth (Präsidentin des Deutschen Bundestages), Dr. Christine Bergmann (Senatorin), Danielle Mitterand (Präsidentin der Stiftung France Liberté) und Kazimiera Prunskiene (ehemalige Staatspräsidentin von Litauen).

Die 1999 thematisch anschließende Veranstaltung »Europa der Frauen in guter Verfassung? Charta der Grundrechte oder Verfassung für die Europäische Union« schloss eine Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien für das Europaparlament ein.

2004 folgte eine Tagung in Kooperation mit dem Berliner Frauenrat: »Wie weiblich ist Europa? Frauenrechte in der europäischen Verfassung«; diskutiert wurden u. a. die Antidiskriminierungsrichtlinien.

Ein Beispiel für das Engagement für Menschenrechte außerhalb Europas war die Podiumsdiskussion zum Thema »Frauenrechte in Afghanistan – was kann deutsche Politik tun?« im November 2001. Diese Veranstaltung war für die überparteiliche Frauenpolitik ein besonders großer Erfolg, mündete die Debatte doch unmittelbar in überparteiliche Anträge im Deutschen Bundestag. Bereits im Dezember 2001 verabschiedete dann das Parlament einen Antrag von SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne und FDP zur »Teilnahme von Frauen am Friedensprozess in Afghanistan« und einen inhaltlich ergänzenden Antrag der CDU zu »Rechte der Frauen in Afghanistan durchsetzen und stärken, Frauen an politischen Prozessen beteiligen«.

Gerade der internationale Diskurs über die Menschenrechte schärft noch einmal den Blick auf die nationale Situation; deutlich wurde das etwa bei dem Vortrag von Frau Prof. Dr. Nivedita Prasad über »Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung (in Deutschland)« auf dem Neujahrsempfang 2014.

Breiten Raum nahm innerhalb des ÜPFI-Vorstandes der Diskurs über den Referentenentwurf des BMFSFJ zum »Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen« ein; mit Erleichterung haben wir die Reform des Sexualstrafrechts 2016 verfolgt.

Wohnen und Inklusion

Wohnen und Inklusion sind Menschenrechte, das wird noch nicht überall wahrgenommen. Die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen insgesamt hat sich in Berlin in den letzten Jahren zugespitzt. Das relativ kleine Segment bezahlbarer Wohnungen reicht nicht annähernd für den hohen Bedarf aus. Die Notwendigkeit, dringend an der prekären Wohnungsversorgung in der Hauptstadt etwas zu verändern, hat sich mit der Anzahl an Geflüchteten weiter verschärft. So ist der ohnehin hohe Bedarf durch die Notwendigkeit, auch für die Geflüchteten menschenwürdige Unterkünfte bereitzustellen, noch einmal gewachsen. Frauen haben auf Grund ihrer meist schlechteren finanziellen Situation noch weniger Chancen auf bezahlbaren Wohnraum als Männer. Werden sie wohnungslos, leben sie – anders als Männer – lange in verdeckter Wohnungslosigkeit. Sie versuchen über lange Zeiträume ihre Situation zu verbergen und nicht aufzufallen und es – trotz der Bündelung gravierender Probleme – am Existenzminimum in belastenden Lebensumständen auszuhalten. Wohnungslose Frauen mit Gewalterfahrungen – und das sind sehr viele – suchen vor allem Einrichtungen nur für Frauen auf.



Mitfrauen der AG Obdachlosigkeit und
MdA Heiko Thomas, (Bündnis 90/Die Grünen)

Umso wichtiger ist einerseits die konkrete Hilfestellung, andererseits aber die Entwicklung und Koordinierung eines geschlechtersensiblen Hilfskonzepts, das nicht nur auf Unterkunft, sondern auf ein umfassendes, die Betroffenen einbeziehendes Hilfsangebot zur gesellschaftlichen Integration zielt. Frauenobdachlosigkeit ist eine sehr vielschichtige Problematik,

die (noch) nicht mit einer effektiven Bündelung und Koordinierung in den Verwaltungs- und Hilfestrukturen beantwortet wird. Seit 2010 engagieren wir uns hier, seit 2013 unterstützt durch einen Beirat, den wir mit Fachfrauen aus den Bereichen Wohnungslosenhilfe, Gesundheit, Justiz (Soziale Dienste), aus Einrichtungen der Beratung und Unterstützung für von Gewalt und sozialer Not bedrohte Frauen und aus Kriseneinrichtungen für Wohnungs- und Obdachlose gründeten. Eine Dokumentation der trägerübergreifenden Arbeit des Beirates ist auf unserer Website unter Veröffentlichungen/Inhaltliche Stellungnahmen zu finden.

In die Koalitionsvereinbarung von Rot-Rot-Grün 2016 wurde das Problem wohnungs- und obdachloser Frauen aufgenommen. Der Beirat erarbeitet zu diesem Punkt Stellungnahmen und Vorschläge. Es wird auch weiterhin neben der Arbeit von Parlament und Exekutive sehr viel zivilgesellschaftliches Engagement gebraucht, dazu ein langer Atem und umfangreiche gendersensible Hilfen, um angemessenes Wohnen und Inklusion (nicht nur) für wohnungs- und obdachlose Frauen zu erreichen.

Über diese Aktivitäten hinaus haben Vorstandsfrauen der Überparteilichen Fraueninitiative 2016 die Gründung eines Netzwerks »Initiative Wohnraum für Frauen« initiiert, dem sich Frauen aus unterschiedlichen Bereichen frauenpolitischen Engagements angeschlossen haben. Das Netzwerk setzt sich für die Sicherung und Beschaffung von Wohnraum für wohnungs- und obdachlose Frauen ein, entwickelt dafür Ideen und stellt Verbindungen zu weiteren Frauen-Netzwerken her.

Gegen Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Gewalt

Notwendiger Rahmen für die Weiterentwicklung von Geschlechtergerechtigkeit und Integration ist eine Gesellschaft, in der es mindestens

offizieller Konsens ist, sich gegen nationalistische, rassistische und sexistische Verlautbarungen und Taten zu wenden und Gewalt in jeder Form zu bekämpfen. In zahlreichen Stellungnahmen, Aktionen und Veranstaltungen hat die Überparteiliche Fraueninitiative sich hier eingesetzt.

Für die Weiterentwicklung von Geschlechtergerechtigkeit und Integration ist es notwendig, sich gegen nationalistische, rassistische und sexistische Verlautbarungen und Taten zu wenden und Gewalt in jeder Form zu bekämpfen.

Beispiele sind: der Frauenpolitische Runde Tisch zum Thema Nationalismus – Sexismus – Rassismus, eine öffentliche Veranstaltung mit anschließender Presseerklärung am 9. November 1992; der Aufruf der »Initiative für ein Europa ohne Rassismus« 2005, bei dem die Überparteiliche zu den Erst-Unterzeichnerinnen gehörte; eine Veranstaltung zur Arbeit des Frauensicherheitsrates »Frieden braucht Frauen« und das Gedenken an den mutigen Widerstand der Frauen in der Rosenstraße (wir sind seit 2003 Mitglied im Initiativkreis, der die jährlichen Gedenkfeiern an die Rosenstraßen-Aktion plant).

Neben den direkten thematischen Veranstaltungen gehört natürlich das Aufspüren nationalistischer, rassistischer und sexistischer Einstellungen, Äußerungen, Entwicklungen sozusagen zum »Alltagsgeschäft« frauenpolitischen Engagements. Vieles, was wir für überwunden gehalten haben, ist durch das Aufkommen offen geäußelter rechtspopulistischer Positionen wieder infrage gestellt.

Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting

Mit Gender-Mainstreaming ist Ende der 90er-Jahre ein Konzept der offiziellen Gleichstellungspolitik der EU verabschiedet worden.

Mit dem Prozess des Gender Budgeting soll eine geschlechterdifferenzierte Planung und Folgenabschätzung der öffentlichen Haushalte und damit letztendlich eine geschlechtergerechte Verteilung der öffentlichen Mittel erreicht werden.

Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting waren und sind trotz ihrer politischen Verankerung in der öffentlichen Verwaltung keine Selbstläufer. Sie sind es vor allem in den Bereichen nicht, wo sie ein massives Aufholen in der Ressourcenausstattung für Frauen bedeuten würden. So richteten und richten sich zahlreiche Aktivitäten der Überparteilichen Fraueninitiative auf die Forderung nach weiterer Umsetzung dieser beiden Strategien.

Um drei Beispiele im nationalen Rahmen zu nennen:

Wir forderten 2001/2002 die Einrichtung einer Gender-Mainstreaming-Geschäftsstelle an einflussreicher Stelle beim Berliner Senatsfrauenressort. Ergebnis dieser Forderung war, dass der damalige Senator für

Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf (DIE LINKE), die Überparteiliche Fraueninitiative gemeinsam mit anderen Frauenprojekten in die Arbeit der Landeskommision Gender-Mainstreaming einband.

Seit 2003 führen wir in größeren Abständen eine Befragung von Senatorinnen und Senatoren der Berliner Regierung zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting in der öffentlichen Veranstaltungsreihe durch.

Zur geschlechtergerechten Gestaltung des Berliner Haushalts gab es seit 2005 einige Jahre lang die Arbeitsgruppe Gender-Budget, bestehend aus der Überparteilichen Fraueninitiative, dem Berliner Frauenbund 1945 e.V., der Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin (ASF). Es ist sicher auch der geballten Frauenpower zu danken, dass das Land Berlin in Deutschland und Europa Spitze in der Umsetzung des Gender-Budgeting ist.

Ein Beispiel des Engagements für Geschlechtergerechtigkeit unterstützende Strukturen über den nationalen Rahmen hinaus ist der »Barroso-Protestbrief« 2005. Er ging an den EU-Präsidenten Barroso, an den deutschen EU-Kommissar Verheugen, an deutsche Abgeordnete aller Parteien der EU-Ausschüsse FEMM (Ausschuss für Frauenrechte und Chancengleichheit) und LIBRE (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres). Der Protestbrief wandte sich gegen die Zusammenlegung des Programms zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder mit dem Antidrogenprogramm. Damit wäre auch verbunden gewesen, dass das Antigewaltprogramm nicht mehr in der Verantwortung der FEMM gelegen hätte.

Nun könnte man vermuten, dass nach dem hoffnungsvollen Start Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting – die ja beide Geschlechtergerechtigkeit und nicht Bevorzugung des weiblichen Geschlechts zum Ziel haben – sich mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung fortentwickeln würden. Stattdessen formiert sich – nicht erst in jüngster Zeit – Widerstand. Gender-Mainstreaming, Gender-Budgeting und Genderstudies werden oft als »Genderismus« oder »Genderideologie« verunglimpft, als ein »Containerbegriff«, wie Prof. Dr. Claudia Janssen auf dem Neujahrsempfang 2015 sagte, »für alles, was mit Geschlechterpolitik, Gleichstellung von Frauen, Feminismus, Homosexualität etc. zu tun hat«. Und

sie führt aus: »Die Allianz derer, die Gender ablehnen oder lächerlich machen, ist breit gefächert. Sie reicht von Kommentaren in den Feuilletons konservativer Tageszeitungen über evangelikale und rechtspopulistische Medien bis zu den Programmen rechter Parteien«.

Die Allianz derer, die Gender ablehnen oder lächerlich machen, ist breit gefächert.

Geschlechtergerechte Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Schon in den 90er Jahren war bemängelt worden, dass die Interessen von Jungen in einem weiblich dominierten Kindertagesstätten- und Schulsystem nicht berücksichtigt werden. Das wurde in Fachkreisen zunächst in erster Linie als Problem der Geschlechtsrollenidentität diskutiert. Nach dem »PISA-Schock« 2000 wurde daraus aber ein genereller Vorwurf der institutionellen und strukturellen Benachteiligung von Jungen im vorschulischen und schulischen Bereich. In den darauffolgenden Jahren ist in zahlreichen Debatten-Beiträgen in den Medien der Tenor bekräftigt worden, dass mittlerweile genügend Gender-Mainstreaming zugunsten von Mädchen und Frauen stattgefunden habe und dass nunmehr die Förderung von Jungen und Männern Vorrang haben müsse. Diese Auffassung hielt sich auch dann hartnäckig, als es schon längst Studien gab, die die Bildungserfolge von Jungen und Mädchen differenziert darstellten und begründeten. Hiernach ließ sich der Vorwurf institutioneller und struktureller Benachteiligung von Jungen nicht aufrechterhalten.

Wir haben in aller Kürze Daten, Fakten, Studienergebnisse zusammengestellt und sandten im Februar 2011 einen offenen Brief »Bildungsverlierer auf dem Weg zum Chefsessel?« an Ministerien sowie an Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Deutschen Bundestages (auf unserer Website unter Veröffentlichungen/Inhaltliche Stellungnahmen zu finden).

Die öffentliche Diskussion um die Jungen als mögliche Bildungsverlierer hat deutlich gemacht, dass geschlechtergerechte Politik nur gelingen kann, wenn alle relevanten Daten, Fakten, Zusammenhänge berücksichtigt und kommuniziert werden. Geschlechtergerechte Politik braucht eine geschlechtersensible Wissenschaft, um diese Daten und Zusammenhänge zu erfassen.

Um hier ein Zeichen zu setzen, luden die Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen der Berliner Hochschulen und die überparteiliche Fraueninitiative im Mai 2016 zu einer Dialogveranstaltung »Geschlechterforschung trifft Politik – Politik trifft Geschlechterforschung« ein.

Das Positionspapier zur Genderforschung der AG der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen, in dem gefordert wird, die Gender Studies Berlin als neues interdisziplinäres Fach zu erhalten und auszubauen, sandten wir im August 2016 an die Fraktionen und Parteien. Das Anliegen der AG ist in die Koalitionsvereinbarung 2016 aufgenommen worden. Am 29. Mai 2017 gab es – auf unsere Initiative hin – ein Treffen der wissenschaftspolitischen und Frauen-/gleichstellungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher zum Thema Geschlechterforschung und deren Erhalt bzw. Ausbau.

Wenn wir heute über Geschlechterforschung reden, darf nicht vergessen werden, dass sich der Weg der Frauen zunächst in den und dann im

Wissenschaftsbetrieb außerordentlich mühselig gestaltete. Die Festveranstaltung »100 Jahre Studium der Frauen in Preußen«, zu deren Unterstützerinnen die überparteiliche Fraueninitiative gehörte, rief 2008 in Erinnerung, wie lange es brauchte, bis Frauen überhaupt zum Studium zugelassen waren.

*Wenn wir heute über
Geschlechterforschung
reden, darf nicht vergessen
werden, dass sich der Weg
der Frauen in den und im
Wissenschaftsbetrieb
mühselig gestaltete.*

Sehr viel länger scheint es zu dauern, bis die Frauen auch einen angemessenen Anteil der Professuren haben, die z. Zt. immer noch zu rund 80 Prozent von Männern besetzt sind.

Entsprechend standen 2009 bei der Tagung »Frauen – Wissenschaft – Karriere?« Themen wie Zugang von Frauen zu Hochschulen, Chancengleichheit und Förderung von Frauen an der Hochschule und in der Forschung, Frauen- und Geschlechterforschung und die Implementierung der Ergebnisse sowie das Innovationspotential der Gender Studies für die Wissenschaft auf dem Programm.

Von dem höchst spannenden inhaltlichen Ablauf abgesehen war das Besondere dieser Tagung, dass es der Überparteilichen in einer intensiven Vorbereitungsphase gelungen war, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an den Berliner Hochschulen afg, die Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen LaKoF und die Landesvertretung Akademischer Mittelbau Berlin LAMB als Kooperationspartnerinnen an Bord zu holen. Bei der Tagung wurden viele Probleme besprochen, über ein Thema gab es nichts zu klagen: Zahl und Hochschulzugang der weiblichen Studierenden. Förderbedarf gibt es hier allerdings nach wie vor in der Motivierung von jungen Frauen für ein Studium der »MINT«-Fächer.

Ein Themenbereich, der uns im Rahmen geschlechtergerechter Bildungspolitik seit langem beschäftigt, ist der Europäische und der Deutsche Qualifikationsrahmen. Die Entwürfe des dann 2008 verabschiedeten Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) gaben schon 2005 bei der Entwicklung unseres Lernhausprojekts (vgl. Themenschwerpunkt »Religion«) wesentliche Impulse. Seit 2006 verfolgten wir Beschluss und Erarbeitung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR). Das »Revolutionäre« an den Qualifikationsrahmen besteht vor allem darin, dass künftig die Lernergebnisse unabhängig vom Lernort für die Bewertung der Qualifikationen als Orientierung gelten und dass bei den Lernergebnissen nicht nur die Fachkompetenz, sondern auch die personale Kompetenz berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass auch außerhalb formaler, gesetzlich geregelter Ausbildungsgänge nonformal und informell erworbene Kompetenzen anerkannt werden können. Und das wiederum ist eine enorme Chance nicht nur, aber vor allem für Frauen, die oft unterbrochene Erwerbsbiografien haben. Es bedarf aber des politischen Willens, den DQR insgesamt und die Anerkennungsverfahren so zu gestalten, dass die darin liegenden Chancen auch umgesetzt werden können. Das ist in einem Land, in dem traditionsgemäß so viel Wert auf formale Bescheinigungen gelegt wird, schwer zu erreichen. Wir haben ein Positionspapier zum DQR mit dem Titel »Der Deutsche Qualifikationsrahmen – ein Weg, um Leistungen und Kompetenzen von Frauen fair und gerecht anzuerkennen?« erarbeitet, dessen jeweils aktualisierte Fassung (die letzte vom Februar 2016) wir unermüdlich in den »politischen Raum« senden; das Papier ist auf unserer Website unter Veröffentlichungen/Inhaltliche Stellungnahmen zu finden.

Zukunft der Arbeit, Einkommen, Sozialversicherung und Gender

Nach mehreren einzelnen Veranstaltungen in den 90er-Jahren rückte dieser Themenkreis nach der Veröffentlichung des Hartz-Papiers »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« in den Vordergrund der Arbeit der überparteilichen Fraueninitiative. Wir analysierten insbesondere die gleichstellungspolitische Relevanz und formulierten Forderungen.

Veranstaltungen wie: »Was bringt Hartz für Frauen?« (aus dieser Veranstaltung heraus wurde ein offener Brief an die Mitglieder des Bundestages verabschiedet) und »Wer nichts hat, der wird nichts gegeben« fanden in Kooperation mit anderen Frauenorganisationen statt. Aus der Kooperation mit dem Berliner Frauenbund und weiteren Kooperationspartnerinnen entwickelte sich die AG Hartz, die unter diesem Namen bis 2006 weitere Veranstaltungen durchführte. Hervorzuheben ist insbesondere die Tagung »Deutsche Politik und ihre Auswirkungen auf Lebensentwürfe von Frauen im europäischen Vergleich« vom Herbst 2004, die 2005 in einer Broschüre dokumentiert wurde (auf der Website unter Veröffentlichungen/Dokumentationen).

Ab 2006 erweiterte die AG Hartz ihr thematisches Spektrum und nennt sich seitdem »Arbeitsgemeinschaft Frauen – Arbeit – Politik (AG FAP) – ein überparteiliches Bündnis frauenpolitischer Verbände, Organisationen, Initiativen und Personen in Berlin«.

Zu den neueren Aktivitäten der AG FAP gehörten u. a. 2010 ein offener Brief zum Reformbedarf bei den Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an Mitglieder der hier relevanten Ausschüsse im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus und 2011 die Tagung zur Reform der Bedarfsgemeinschaft. Im Mai 2013 wurde ein in der AG erarbeitetes Positionspapier zum Thema Altersarmut insbesondere an Regierungsmitglieder auf Landes- und Bundesebene und an Abgeordnete der für das Thema zuständigen Ausschüsse geschickt (auf unserer Website unter Veröffentlichungen/ Inhaltliche Stellungnahmen). Im November 2013 wurde das Papier erneut an Mitglieder von Arbeitsgruppen der damals laufenden Koalitions-Verhandlungen und an die Parteivorsitzenden versandt.

Der Dienstleistungssektor war Gegenstand der Tagung »Frauen – Dienstmädchen der Nation?!? Die Zukunft des sozialen Dienstleistungssektors – ein europäischer Vergleich«, die die Überparteiliche 2007 durchführte. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht (auf unserer Website unter Veröffentlichungen/Dokumentationen).

Das Thema »Demographischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?« wurde im März 2012 im Rahmen eines Fachgesprächs mit den frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Abgeordnetenhaus, Vertreterinnen und Vertretern der Senatsressorts für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Arbeit, Integration und Frauen sowie Gesundheit und Soziales und mit Gesprächspartnerinnen aus dem Forschungs- und Beratungsbereich erneut aufgegriffen. Es sei in Erinnerung gerufen, dass damals die demographische Entwicklung ein herausragendes, aktuelles, intensiv debattiertes Thema war, das aber generell behandelt wurde; wir haben den frauenpolitischen Aspekt eingefordert.

In vielen dieser Veranstaltungen wurden auch Visionen möglicher anderer gesellschaftlicher Modelle einer gerechteren – vor allem gendergerechten – Verteilung der Ressourcen angesprochen. Beispiel der Auseinandersetzung mit einem anderen Modell der Grundsicherung war 2007 die Veranstaltung »Überparteilicher Runder Tisch der Frauen« zum Thema: »Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) – Traum oder Albtraum für Frauen?«.

Grundsätzliche Fragen nach der sozialen, ökologischen und ökonomischen Kosten-Nutzen-Relation bestehender gesamtgesellschaftlicher Arbeitsteilung und wünschenswerten neuen Modellen waren Ende November 2012 Thema des Kongresses »Was ist Leistung?« in den Räumen des



Podiumsdiskussion beim Kongress Demographischer Wandel, 2007.



Fachgespräch mit Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses 2012 zum Thema Demographischer Wandel.



Eröffnung der Ausstellung »20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative« 2012.

Berliner Abgeordnetenhaus. Im Rahmen dieses Kongresses wurde die Ausstellung »20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin« als Beispiel ehrenamtlichen Engagements über Parteigrenzen hinweg eröffnet; die Ausstellung wanderte anschließend durch mehrere Bezirke und Institutionen.

Im November 2015 fand der Kongress »Was ist Leistung? Teil II« statt. Thema war die Sorgearbeit, zentrale Fragen des Kongresses: Welchen Preis zahlen wir alle, wenn ein so eminent wichtiger Bereich menschlichen



Kongress »Was ist Leistung? (I)« 2012, Podiumsdiskussion

Lebens wie die notwendige Sorge für einander, die Sorgearbeit, weder in Wirtschaftstheorien noch in den Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens hinreichend berücksichtigt ist? Wie müsste Sorgearbeit abgesichert werden? Wie lässt sich eine geschlechter- und familienge-rechte Gesellschaft gestalten? Wie lässt sich einer Armutsentwicklung entgegensteuern, die vor allem Alleinerziehende, Familien mit Kindern und Frauen im Rentenalter betrifft? Die Dokumentationen beider Kongresse sind auf unserer Website unter Veröffentlichungen/Dokumentationen zu finden.

Der Kongress »Was ist Leistung? Teil III« am 1. Dezember 2017 im Abgeordnetenhaus wird das Schwerpunktthema »Migrantinnen« haben.

Religion – Politik – Gender, interreligiöser und interkultureller Dialog

Der gemeinsam erarbeitete und auch in heißesten Wahlkampfzeiten praktizierte respektvolle, wertschätzende Umgang zwischen den Mitgliedern der überparteilichen Fraueninitiative prädestiniert sie in besonderer Weise für den interreligiösen und interkulturellen Dialog. Im Zentrum dieser Arbeit standen zwei große Projekte: »Sarah-Hagar – Religion, Politik, Gender« und »Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen«.



Projekt Sarah Hagar, Abschlusskongress Religion – Politik – Gender, 2004.

Für das Projekt Sarah-Hagar wurde die überparteilichen Fraueninitiative 2005 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz mit einem Preis ausgezeichnet.

In dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Lernhausprojekt (2005–2008) war die überparteiliche Fraueninitiative in einer Doppelrolle: einerseits Trägerin des Berliner Lernhauses, andererseits gemeinsam mit der Katholischen Fachhochschule (jetzt: Katholische Hochschule) Nordrhein-Westfalen verantwortlich für das Gesamtprojekt, das noch zwei weitere Lernhäuser in Köln und Frankfurt a. M.

umfasste. Angeboten wurde eine Qualifizierung zur Förderung interreligiöser und interkultureller Kompetenz. Die meisten Teilnehmerinnen waren Angehörige unterschiedlicher Religionen, einige bezeichneten sich als nicht religiös.

Die zweijährige Qualifikation schloss 2008 mit einem Zertifikat ab, das die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Frau Dr. Heidi Knake-Werner (DIE LINKE), an die Teilnehmerinnen übergab. In der Einladung zu dieser Abschlussfeier wies Carola v. Braun darauf hin, dass »in einer durch Einwanderung und Globalisierung geprägten Gesellschaft interkulturelle Kompetenz zu einer wichtigen privaten wie gesellschaftlichen Schlüsselkompetenz geworden ist«. Informationen über das Sarah-Hagar-Projekt sind auf unserer Website unter »Abgeschlossene Projekte«, der Abschlussbericht des Lernhaus-Projekts unter Veröffentlichungen/Dokumentationen zu finden.



»Transkulturalität im Alltag« – Workshop des Berliner Lernhausprojektes – Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen, Januar 2008.

In dem Vortrag zum Neujahrsempfang 2015 wurde noch einmal deutlich, wie wichtig interkulturelle Kompetenz und Kompetenz in religiösen Fragen sind. Prof. Dr. Claudia Janssen führte aus: »Rechtspopulismus ist ein europaweites Phänomen, das von einem wachsenden Wunsch nach Gewissheiten getragen ist, nach Sicherheit und greifbaren Identitäten. Begleitet wird er oft von einer Rückbesinnung auf religiöse Werte oder zumindest auf die, die dafür gehalten werden. Insbesondere der Kampf gegen den ›Genderismus‹ ist im Kern ein Rundumschlag gegen eine moderne pluralistische Gesellschaft, der ›die‹ christliche Familie gegenübergestellt wird, die es so auch nicht gibt, nie gegeben hat. Lebensformen in der Bibel und der Geschichte der Kirche waren immer vielfältig«.

Frauen und Gesundheit

Die Notwendigkeit einer verbesserten Prävention war 2003 Anlass für die Veranstaltung »Brustkrebs und Public Health: Brustkrebsaufklärung und Prävention als politische Herausforderungen«. U. a. wurden verschiedene Initiativen wie der Nationale Aktionsplan Prävention des Bundesgesundheitsministeriums vorgestellt. Im Anschluss an die Diskussion mit der zuständigen Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner und den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen schlug die überparteiliche Fraueninitiative Schwerpunkte für ein geschlechtersensibles Gesundheitsinformationsgesetz vor.

Das Thema Gesundheitsförderung und Prävention wurde auch bei einem Treffen 2008 mit Senatorin Katrin Lompscher aufgegriffen. Ein besonderer Schwerpunkt war hierbei die Einbeziehung von Migrantinnen in Gesundheitsförderung und Prävention.

Frauen im Strafvollzug

»Hilfe statt Strafe« war das Thema der Podiumsdiskussion über Frauen im Strafvollzug, die die Überparteiliche 1993 veranstaltete. Diese Veranstaltung wurde mit Expertinnen und Experten aus dem Bereich vorbereitet und mit einem Forderungskatalog, der sich an Gesetzgebung und Justizverwaltung richtete, abgeschlossen.

In der Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch« war das Thema »Frauen im Strafvollzug« Schwerpunkt des Treffens 2008 mit der Justizsenatorin Gisela von der Aue. Es wurde auf eine Reihe von Verbesserungen, vor allem im Bereich des Nachholens schulischer Bildung und der Qualifizierung der Gefangenen allgemein, hingewiesen. Aber auch für die Förderung der Kreativität (als Beispiel ein Theaterprojekt im Frauenvollzug) wird mittlerweile einiges getan. Besonders wichtig waren Informationen zu einem koordinierten Übergangsmangement, das die Schritte in das Leben nach dem Strafvollzug begleiten und die Rückfallgefahr mindern soll. Berlin hat – anders als einige andere Bundesländer – eine eigene Justizvollzugsanstalt für Frauen. Dennoch steht der Frauenstrafvollzug generell eher am Rande der Betrachtung innerhalb des gesamten Justizwesens, da nur rund fünf Prozent der Gefangenen Frauen sind. Die Forderung nach einer ge-

schlechtergerechten Ausgestaltung des Vollzugs bleibt aufrechterhalten. Für die Frauen sind – um nur eines zu nennen – andere therapeutische Angebote nötig, die den traumatischen Erfahrungen vieler weiblicher Gefangener mit Abhängigkeit und Gewalt Rechnung tragen.

II. Netzwerken und Kooperieren für Frauen- und Gleichstellungspolitik

Mit der rapiden Durchdringung aller öffentlichen und auch zivilgesellschaftlichen Bereiche durch das Internet entwickelte sich ein Netzwerk-Selbstverständnis. Einladungen, Textabstimmungen, Informationsaustausch über politische Entwicklungen, Mobilisierungskampagnen – all das wurde einfacher und eröffnete auch für uns ab ca. Mitte der 90er-Jahre neue Tätigkeitsfelder.

Frauenpolitisches Netzwerken in Berlin

Unserem Selbstverständnis und der politischen Zielsetzung als einer überparteilichen politischen Plattform von Frauen aus allen demokratischen Parteien kam die Entwicklung des Internets sehr entgegen; so ließen sich schon vorhandene Netzwerk-Ansätze ausbauen. Zum Beispiel konnten und können wir dazu beitragen, Frauenprojekte kennen zu lernen und bekannt zu machen und in den Erfahrungsaustausch mit ihnen zu treten.

Auf das Kennenlernen von Frauenprojekten und das Ausloten möglicher Kooperationen legte die überparteiliche Fraueninitiative von Anfang an großen Wert. Beispielhaft war hier das Politische Frauenfrühstück 1993 mit Frauenprojekten aus Ost und West, um Chancen, Grenzen und Ziele kooperierender Frauenpolitik innerhalb und außerhalb des Parlaments zu erkunden. »Ost-West« als Thema war und ist im Übrigen weniger Gegenstand von Veranstaltungen als vielmehr kontinuierlicher Blickwinkel und Gegenstand eines ständigen Diskurses, arbeiteten doch in der überparteilichen Fraueninitiative Ost- und Westfrauen von Beginn an zusammen.

Der Kongress »frauen sichten politik. Ost-West 1989–2009« zeigte allerdings, dass dort, wo kontinuierlicher Diskurs nicht stattfand, wo es keine Bereitschaft und keine Neugier gab, aufeinander zuzugehen und gegenseitiges Verständnis zu entwickeln, nach wie vor viel aufzuarbeiten ist:

Längst sind nicht alle Verletzungen aus dem Prozess des Zusammenwachsens verheilt.

Das wurde auch Jahre später deutlich, als wir die Ausstellung »Berlin Stadt der Frauen« 2016 im Ephraim Palais mit einer Fragebogenaktion begleiteten. Viele sehr bittere Aussagen der Besucherinnen und Besucher waren zum Thema Ost-West in den Fragebögen zu finden. Die Verletzungen aus dem Vereinigungsprozess werden sich auch künftig nicht einfach »auswachsen«, weil Erfahrungen, die als Ungerechtigkeit, Arroganz oder mangelnder Respekt erlebt wurden (und oft immer noch erlebt werden), in den Familien als Erinnerung weitergegeben werden.

In den rd. 475 ausgefüllten Fragebögen der Ausstellung »Berlin Stadt der Frauen« waren schätzungsweise 1.800 Aussagen/Statements zum »Berlin-Gefühl« und zu den Erwartungen an die Stadtpolitik enthalten. Unter anderem kam die große Bedeutung, die die Besucherinnen und Besucher der kulturellen Stadtentwicklung beimessen, zur Geltung. Hier wird vor allem bemängelt, dass Frauen, ihre gesellschaftliche Rolle und ihre Sicht auf gesellschaftliche Entwicklungen in Vergangenheit und Gegenwart nicht hinreichend berücksichtigt werden. Wir schickten eine Zwischenauswertung im August 2016 und später dann die Endauswertung an die frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher des Abgeordnetenhauses von Berlin, die Berliner Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Vorstandsmitglieder/ frauenpolitischen Sprecher/innen der Berliner Parteien SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, die Piratenpartei und die



Podiumsgespräch beim Kongress »frauen – sichten – politik. Ost-West 1989–2009«, 2009.



Podiumsgespräch beim Kongress »Frauen – sichten – politik. Ost-West 1989–2009«.



Überfraktionelle Initiativen von Bundestag und Abgeordnetenhaus anlässlich des Tages der Offenen Tür im Deutschen Bundestag, August 2000.



Überfraktionelle Initiativen Bundestag und Abgeordnetenhaus von Berlin anlässlich des Tages der Offenen Tür im Deutschen Bundestag, August 2000. Informationsstand der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin.

FDP sowie an die Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen. Die Frauen-senatorin Dilek Kolat lud im November 2016 Vorstandsfrauen und die Kuratorin der Ausstellung, Frau Dr. Weinland, zum Gespräch über die Ergebnisse ein. Die »Zeitpunkte« griffen im Dezember das Thema auf.

Die Auswertung ist auf der Website zu finden (Veröffentlichungen/Inhaltliche Stellungnahmen). Die Stimmen der Ausstellungsbesucherinnen und -besucher dürften Berliner Politikerinnen und Politikern eine Fülle von Anregungen geben. Für uns bedeutet sie u. a. die Aufforderung, stärker die kulturelle Stadtentwicklung in den Blick zu nehmen. Die Auseinandersetzung mit dem Berliner Beitrag zum Humboldt Forum ist dabei ein guter Anlass.

Unser frauenpolitisches Netzwerken ist nicht nur auf die Politik des Landes Berlin bezogen. Es gab viele Jahre lang eine enge Kooperation mit den frauenpolitischen Sprecherinnen des Bundestages und auch ein gemeinsames Auftreten zum Tag der offenen Tür. Der Sitz der Bundesregierung in Berlin erleichtert mögliche Kooperationen.

Für das Treffen mit Politikerinnen, das Kennenlernen von Frauenprojekten und für die Festigung von landesweiten Frauennetzwerken bieten unsere Neujahrsempfänge eine sehr gute Gelegenheit. Die Neujahrsempfänge der überparteilichen Fraueninitiative in den Räumen des Abgeordne-

tenhauses sind inzwischen ein feststehender Termin in Berlin für das Frauennetzwerk der Stadt mit regelmäßig rund 250 Teilnehmerinnen aus allen Parteien und Fraktionen, aus Frauenprojekten, Berliner Verwaltungen, aus Unternehmen, aus Wissenschaft und Medien.

Ziel der Neujahrsempfänge ist natürlich nicht nur die Förderung des Netzwerkers. Hier werden aktuelle Themen aufgegriffen und durch die Festrednerinnen des jeweiligen Neujahrsempfangs zur Diskussion gestellt. Der Festvortrag zum 25-jährigen Bestehen der überparteilichen Fraueninitiative von Frau Prof. em. Dr. Christina Thürmer-Rohr ist in dieser Veröffentlichung aufgenommen; in ihm wird u. a. das Konzept der überparteilichen Fraueninitiative, »die Gleichberechtigung der Geschlechter als breite demokratische Forderung quer zu allen Parteieninteressen zu verstehen«, in einen weiteren Zusammenhang gestellt.



Neujahrsempfang 2008

Förderung einer Fraueninfrastruktur in Berlin

Ohne die beharrliche Arbeit von Frauenprojekten, ohne Frauennetzwerke und Fraueninfrastruktur wird der geschlechtergerechte Anteil von Mädchen und Frauen an den gesellschaftlichen Ressourcen noch lange auf sich warten lassen. Hier äußerte sich das Engagement der Überparteilichen weniger in speziellen Aktivitäten; die gab es zwar auch, z. B. mit der Presseerklärung von 1993 gegen die Streichung von Mitteln für Berliner Frauen-Gesundheitsprojekte und der Presseerklärung 1994 zum Nachtragshaushalt mit der Forderung, die Berliner Fraueninfrastruktur zu erhalten und auszubauen. Vielmehr war

und bleibt der Erhalt und Ausbau einer Fraueninfrastruktur kontinuierlich Thema in der Veranstaltungsreihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«, in der Mitarbeit im frauenpolitischen Beirat der Senatsfrauenverwaltung, in den Arbeitsgruppen »Hartz« bzw. »Frauen – Arbeit – Politik (AG-FAP)« und »Gender Budget« und in der Beteiligung an Projekten anderer Frauenverbände/-projekte. Die Kooperation mit Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf Bezirks- und Landesebene und aus unterschiedlichen Institutionen und Bereichen (etwa dem Wissenschaftsbereich) ist wesentlich für unsere Arbeit.

Ohne die Arbeit von Frauenprojekten, ohne Frauennetzwerke und Fraueninfrastruktur wird der geschlechtergerechte Anteil von Mädchen und Frauen an den gesellschaftlichen Ressourcen noch lange auf sich warten lassen.

Notwendiger Bestandteil einer Geschlechtergerechtigkeit fördernden Fraueninfrastruktur ist ein effektives, leicht zugängliches Beratungsangebot für Frauen. Gerade hier bewährt sich der Diskurs von Frauenprojekten und Fraueninitiativen, oft unterstützt durch das für Frauenpolitik/ Gleichstellung zuständige Senatsressort. Ein Beispiel dafür sind die von KOBRA 2016 herausgegebenen »Empfehlungen für eine Infrastruktur lebensbegleitender Beratung zu Beruf, Bildung und Beschäftigung als öffentliche Aufgabe und für die Umsetzung einer lebenslauforientierten Frauen- und Gleichstellungspolitik in Berlin« (Titel: »Übergangsrissen und berufsbiografische Gestaltung des Erwerbs- und Lebensverlaufs«). Die vom Senatsfrauenressort geförderte Studie wurde von 20 Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen (darunter auch aus der überparteilichen Fraueninitiative) erarbeitet.

Frauen-Medien-Macht

Eine Art Standortbestimmung wurde 1994 mit der öffentlichen Veranstaltung »Frauen-Medien-Macht. Nachholbedarf einer jungen Beziehung« versucht. Diskussionspartnerinnen und -partner waren Vertreterinnen und Vertreter aus Fernsehredaktionen und Printmedien. Im gleichen Jahr war ein Protestschreiben gegen den Plan, die Frauensendung ZEITPUNKTE zu streichen, erfolgreich.

2003 setzte sich die Überparteiliche in einem offenen Brief an die Mitglieder des RBB-Rundfunkrates für die Wahl einer Intendantin ein; sie wies in diesem Zusammenhang auf die skandalöse Tatsache hin, dass es zu dem Zeitpunkt noch keine einzige Intendantin in einem öffentlich-rechtlichen Sender gab.

Neben dem Einsatz für die angemessene Beteiligung von Frauen in Medien gab es immer wieder Anlass, sich gegen sexistische und Frauen diskriminierende Medien- und Werbebeiträge und Werbekampagnen zu wehren, wie der schon im Einführungsbeitrag erwähnte beabsichtigte öffentliche Kaufstreikaufruf gegen eine diskriminierende Werbung von Kaiser's Kaffeegeschäft. Die überparteiliche Fraueninitiative prangerte diese und ähnliche Vorfälle in Protestbriefen an den Deutschen Werbeberatern an.

Zu wehren gilt es sich aber nicht nur gegen die unmittelbar sexistischen, sondern auch gegen die eher versteckten, mittelbaren Frauendiskriminierungen, die gelegentlich sogar wissenschaftlich verbrämt daher kommen. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit war 2015 unsere öffentliche Kritik an der Sendung von »hart aber fair«, die sich einseitig und unsachlich gegen Genderforschung positioniert hatte, was immerhin eine öffentliche Entschuldigung der WDR-Intendanz mit sich brachte.

Überparteilicher Wahlkampf für frauenpolitische Forderungen, Wahlprüfsteine

Der überparteiliche Einsatz für frauenpolitische Forderungen war die Gründungsidee der überparteilichen Fraueninitiative. Der frauenpolitische Diskurs mit Berliner Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus Regierung und Opposition sowie mit Senatorinnen und Senatoren der

jeweiligen Regierungsparteien einerseits und das Hineinwirken in die jeweils eigene bzw. nahestehende Partei andererseits prägte die Arbeit von Vorstandsfrauen und Aktiven von Anfang an. In Wahlkampfzeiten war dies keine leichte Aufgabe, sind die meisten doch in der Regel auch leidenschaftliche Parteifrauen. Aber es gelang im Rahmen des erprobten Verhaltenskodex und des zugewandten, respektvollen Umgangs miteinander erstaunlich gut.

Ein besonders gelungenes Beispiel war der überparteiliche Wahlkampf vor den Berliner Wahlen 2001. Hier wurden in Kooperation mit anderen Frauennetzwerken und -projekten sehr intensiv Wahlprüfsteine mit Forderungen zur Frauen- und Gender-Mainstreaming-Politik erarbeitet. Die so gebündelte Frauen-Power bewirkte, dass die fünf Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten und deren Parteien schriftlich zu den Fragen Stellung nahmen. Diese Antworten der Parteien wurden schließlich zu einer der Grundlagen der Koalitionsverhandlungen.

Veröffentlichungen

Die überparteiliche Fraueninitiative hat eine Reihe von Stellungnahmen, Berichten, Positionspapieren, offenen Briefen und Arbeitsmaterialien verfasst. Zum zwanzigjährigen Bestehen wurde die Arbeit in einer umfassenden Ausstellung – zunächst im Abgeordnetenhaus, dann in einigen Bezirken – dargestellt. Ergebnisse von zentralen Veranstaltungen wie Fachtagungen und Kongresses wurden in Dokumentationen publiziert. Hier eine Übersicht von ausgewählten Veröffentlichungen:

- 2016: Dokumentation der Auswertungsergebnisse der Fragebögen zur Ausstellung »Berlin – Stadt der Frauen« im Ephraim-Palais
- 2016: Aktualisierte Fassung des Positionspapiers zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)
- 2015: Dokumentation des Kongresses »Was ist Leistung?« Teil II
- 2015: Dokumentation des Fachtages »Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit von Frauen«
- 2015: Positionspapier des Beirates zur Wohnungslosigkeit von Frauen in Berlin
- 2012: Dokumentation des Fachgesprächs »Demografischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?«
- 2012: Dokumentation des Kongresses »Was ist Leistung?« Teil I

- 2012: Ausstellung «Ehrenamtliches Engagement – am Beispiel 20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V.»
- 2007: Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (Forschungsschwerpunkt Gender und Transkulturalität) und Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V.: Abschlussbericht des Projektes »Transkulturelles und interreligöses Lernhaus der Frauen«
- 2007: Dokumentation der Fachtagung »Demografischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?«
- 2007: Dokumentationen der China-Reise einer zivilgesellschaftlichen Frauen-Delegation
- 2007: Dokumentation »Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE): Traum oder Albtraum für Frauen?«
- Dokumentation der Tagung »frauen sichten politik – West-Ost 1989–2009«
- 2006: Tagung: Frauen – Dienstmädchen der Nation?!?: Die Zukunft des sozialen Dienstleistungssektors – ein europäischer Vergleich
- 2005: Gemeinsame Dokumentation des Berliner Frauenbunds 1945 e. V. und der überparteilichen Fraueninitiative: »Deutsche Politik und ihre Auswirkungen auf Lebensentwürfe von Frauen im europäischen Vergleich«

Alle Veröffentlichungen sind auf der Website unter www.berlin-stadtderfrauen.de zu finden.

III. Was wir auch künftig bieten wollen: Einen zivilgesellschaftlichen Raum für den übergreifenden, respektvollen Diskurs

Unsere Arbeitsbilanz wäre ohne die tatkräftige und vielfältige Unterstützung, die wir über die Jahre erfahren haben, nicht möglich gewesen.

Zu danken ist vor allem dem jeweiligen Parlamentspräsidium des Berliner Abgeordnetenhauses, das uns – eine von Parlamentarierinnen gegründete Initiative – förderte, nicht zuletzt dadurch, indem es uns die Nutzung von Räumen im Abgeordnetenhaus für viele Veranstaltungen ermöglichte. Zu danken ist den vielen aktiven, politisch engagierten Frauen

aus dem Parlament, den politischen Parteien, aus Projekten und Organisationen aus vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die unsere Arbeit begleiteten. Zu danken ist den Kooperationspartnerinnen zahlreicher gemeinsamer Veranstaltungen, allen voran anderen Frauenorganisationen und Frauennetzwerken. Zu danken ist den Institutionen, Organisationen und Senatsverwaltungen sowie Ministerien, die uns Mittel für unsere großen Veranstaltungen und Projekte bewilligten.

Dass wir so viel Unterstützung erfuhren und so viele Türen für uns offenstanden, hängt mit der Wertschätzung unseres Konzepts und der Art, wie wir es umsetzen, zusammen. In Zeiten, in denen beträchtliche Anteile der politischen Alltagsarbeit im Hervorheben der Differenzen, in der Abgrenzung von und nicht in der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften liegt, bleibt die Sehnsucht nach konstruktiveren Formen des politischen Engagements lebendig. Die überparteiliche Fraueninitiative hat sich nie vor deutlichen Worten gescheut, aber ihre Veranstaltungen sind keine Kampfarenen, sondern (Zeit-)Räume des gemeinsamen, respektvollen Ringens um Erkenntnisse und Lösungen. Dafür ist die Überparteiliche einstmals gegründet worden, und dieser Gründungs Idee fühlen wir uns nach wie vor verpflichtet, und wir glauben, dass der überparteiliche Diskurs unter Beteiligung der Zivilgesellschaft an Bedeutung als konstruktive Zukunftsstrategie gewinnen wird. Das Beispiel der überparteilichen Fraueninitiative mag hier als Erfolgsmodell dienen: Es ist ein in Entstehungsgeschichte und Weiterentwicklung einzigartiges Kooperationsmodell eines Landesparlaments mit einer zivilgesellschaftlichen Organisation.

Wir haben längst nicht alles erreicht, was wir für Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit erreichen wollten, aber doch in vielen Bereichen Anstöße gegeben und gemeinsam mit anderen Verbesserungen auf den Weg gebracht oder Verschlechterungen verhindert. Darüber gibt der chronologische Überblick über das Gros der Aktivitäten der überparteilichen Fraueninitiative noch einmal in aller Kürze Auskunft.

Die wichtigen Themen werden uns nicht ausgehen, und die alten Themen werden weitgehend auch die neuen in den kommenden Jahren unserer Arbeit sein.

Die Vollendung der Gleichstellung, eine wünschenswerte Politik der sozialen Sicherung, eine Abwehr der wachsenden Entsolidarisierung und der wachsenden Gesellschaftsfähigkeit rassistischer und nationalistischer

Parolen bedarf der tatkräftigen zivilgesellschaftlichen Unterstützung. Diese Unterstützung darf nicht nur auf das eigene Land fokussiert sein, sondern muss auch die Lebensbedingungen anderswo im Blick haben. Es wäre wunderbar, wenn sich – wie im Einführungsbeitrag beschrieben – das Instrument einer überparteilichen Strategie auch aus Parlamenten in anderen Bundesländern und in anderen Europäischen Ländern heraus entwickeln könnte.

Es scheint, dass in einer Zeit, in der wir wie nie zuvor unbegrenzten Zugriff auf nebeneinanderstehende Fakten, Theorien, Meinungen haben und mit Informationen und Wissensbrocken gleichsam überflutet werden, etwas besonders kostbar wird: Zeit und Gelegenheit zum übergreifenden, respektvollen, engagierten Diskurs mit dem Ziel, uns gemeinsam inhaltliche Positionen zu erarbeiten, sie einzuordnen und für politisches Handeln aufzubereiten. Diesen respektvollen Diskurs möchten wir auch in den kommenden Jahren weiterführen, und wir freuen uns über alle, die dabei sind und die diesen Diskurs unterstützen.

IV. Aktivitäten der Überparteilichen Fraueninitiative im chronologischen Überblick

- 1992 **SEPTEMBER** // 1. Presseerklärung und Gründung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin als parteienübergreifendes politisches Bündnis; Teilnehmerinnen: Vertreterinnen aller Parteien im Abgeordnetenhaus und zwei Senatorinnen (siehe Text der Presseerklärung)
- OKTOBER** // Pressekonferenz der Überparteilichen Fraueninitiative – Aufruf zu gemeinsamen Aktionen aller Frauen, um die Aufnahme eines aktiven Gleichstellungsauftrags in das Grundgesetz Artikel 3 zu initiieren
- NOVEMBER** // Frauenpolitischer Runder Tisch zum Thema »Nationalismus – Sexismus – Rassismus«, öffentliche Veranstaltung und Presseerklärung // Die Deutsche Welle interviewt Frauen der Überparteilichen Fraueninitiative zu ihren Aktivitäten unter dem Titel »Frauen in bester Verfassung«
- DEZEMBER** // Presseerklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte, besonders bezogen auf die Rechte von Frauen



Vorstand Juli 2011



Die Gründungs- und Ehrenmitglieder der Überparteilichen Fraueninitiative, Gisela Vollradt und Elke Herer.

- 1993** **FEBRUAR** // Verfassungspolitischer Runder Tisch zum Thema »Frauen in bester Verfassung« – öffentliche Veranstaltung
MÄRZ // Politisches Frauenfrühstück mit Frauenprojekten aus Ost- und Westberlin unter der Streik-Parole der internationalen Frauenbewegung »Brot und Rosen«, Presseerklärung zur Situation, zu den Zielsetzungen und zu Forderungen der Frauenprojekte (»500 Arbeitsplätze für freie Einrichtungen«).
JULI // Podiumsdiskussion »Stieftöchter der Alma Mater«, Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution zu Frauen in der Wissenschaft // Briefaktion an die Senatoren Manfred Erhardt und Elmar Pieroth sowie an die Senatorin Dr. Christine Bergmann mit dem Ziel, das Frauen-Forschungs-Förderprogramm (FFFP) zu erhalten
AUGUST // Fünfzig Jahre Rote Kapelle – Gedenken und Presseerklärung
SEPTEMBER // Presseerklärung zur Arbeit der Berliner Frauen-Gesundheitsprojekte und gegen deren Streichung aus dem Etat des Senatsgesundheitsressorts
OKTOBER // »Hilfe statt Strafe, Frauen im Strafvollzug« Podiumsdiskussion unter Teilnahme der Senatorin für Justiz Prof. Dr. Jutta Limbach; Verabschiedung eines Forderungskatalogs
DEZEMBER // Veranstaltung mit Frauen aus Berliner Frauenprojekten – Die Überparteiliche Fraueninitiative berichtet über ihre bisherige Arbeit sowie über weitere Planungen und stellt sich der öffentlichen Diskussion
- 1994** **MÄRZ** // Presseerklärung und Pressekonferenz zum »Frauenstreiktag«, Beteiligung an verschiedenen Aktionen des »Frauenstreiktages« // Unterstützungsangebot an die Rektorin der Humboldt-Universität, Marlies Dürkop, bezüglich einer gegen sie gerichteten Pressekampagne
APRIL // »Erhaltung und Ausbau der Berliner Fraueninfrastruktur« – Presseerklärung zum Nachtragshaushalt
MAI // Protestbrief an Bernhard Schmutge, Stadtrat für Jugend und Sport in Steglitz, gegen dessen Parole für den Steglitzer Sparhaushalt: »Tausche Frauenbeauftragte gegen Eis-Stadion Lankwitz« // »Frauenrechte in die Berliner Verfassung – Pressekonferenz und Unterschriftensammlung
JUNI // »Frauen – Medien – Macht: Nachholbedarf einer jungen Beziehung«, öffentliche Podiumsveranstaltung
SEPTEMBER // Protestbrief an Intendant und Abteilungsleiter des SFB gegen deren Plan, die Frauensendung »Zeitpunkte« zu streichen // Protestschreiben an den Deutschen Werberat gegen eine Anzeigenwerbung in der Westdeutschen Allgemeinen unter dem Motto »Personalchef (61) erfüllt sich Jugendtraum (18)«

OKTOBER // »Frauen nehmt Euer Wahlrecht wahr!« – Aufruf zur Bundestagswahl //

Brief an Frau Dr. Angela Merkel, Bundesministerin für Frauen, mit Kritik und Vorschlägen für eine bessere Zusammensetzung der Deutschen Delegation zur Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking //

Pressekonferenz und Beginn einer Unterschriftensammlung zu »Frauenrecht in die Berliner Verfassung!«

NOVEMBER // »Existenzgründungen von Frauen – Perspektiven neuen Wirtschaftens«, öffentliche Podiumsdiskussion

DEZEMBER // Unterstützungsschreiben an Bezirksbürgermeister und Stadträtin des Bezirksamts Schöneberg zur Erhaltung und Fortführung des Arbeitsschwerpunktes Immigrantinnen und Flüchtlingsfrauen samt dazugehöriger Stelle im Frauenamt

1995 JANUAR // Protestbrief der Überparteilichen Fraueninitiative an den Deutschen Werberat mit Empörung über ein sexistisches Werbeplakat des Senders 100.6 und von Kaiser's Kaffeegeschäft

MAI // Weitere Unterstützung der Unterschriftensammlung zum Aufruf »Frauenrechte in die Berliner Verfassung!«

AUGUST // Unterstützungsschreiben an Senatorin Ingrid Stahmer und Staatssekretär Kuno Böse für das Frauenprojekt Ban Ying und dessen Initiative, auf Landesebene eine fächer- und ressortübergreifende Kommission gegen Frauenhandel einzurichten //

Start des Zuges zur Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking; Bemühungen der Überparteilichen Fraueninitiative um Finanzen zur feierlichen Verabschiedung des Zuges und um die Mitfahrt von zwei Frauen aus dem Kreis der Überparteilichen nach Peking

OKTOBER // Offener Brief an die Mitglieder des neu gewählten Abgeordnetenhauses mit der Bitte, in drei Schwerpunkten kontinuierlich starke frauenpolitische Akzente zu setzen: Bei der Erhaltung der Fraueninfrastruktur Berlins, bei der Verwaltungsreform und bei der Länderfusion Berlin – Brandenburg

1996 JANUAR // Informationsveranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative gemeinsam mit Gewerkschaftsfrauen zum Thema »Verwaltungsreform in Berlin und anderen Städten – bisherige Entwicklungen und deren Chancen und Auswirkungen auf Frauen« mit der Forderung »Verwaltungsreform geschlechtergerecht gestalten!«

FEBRUAR // Brief an den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsminister Helmut Schäfer vom Auswärtigen Amt, mit der Bitte, sich für die Haftentlassung von Leyla Zana und von weiteren verurteilten kurdischen Parlamentarierinnen einsetzen

JUNI // Aus dem politischen Bündnis »Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen« wird der gleichnamige eingetragene Verein, registriert beim Amtsgericht Charlottenburg //

Seminar zur Planung der weiteren Arbeit: Die Prinzipien der Überparteilichkeit und der Bündnisse nach außen werden als Grundlage der Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative bestätigt. Für 1996 werden vier öffentliche Veranstaltungen beschlossen mit den Themen: Arbeitsförderungs-Reformgesetz; Globalisierung und deren Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Politik; Evaluation von Frauen-Projekten; Architektur und Wohnungsbau – Einfluss und Auswirkungen auf Frauen. Außerdem wird eine öffentliche Gesprächsreihe mit Berliner Senatorinnen und Senatoren geplant. //

Presseerklärung der Überparteilichen Fraueninitiative zur Kritik des Landesrechnungshofes am Frauen-Forschungs-Förderung-Programm der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen

AUGUST // Registrierung der Überparteilichen Fraueninitiative als gemeinnütziger Verein beim Finanzamt für Körperschaften

NOVEMBER // Beginn der Erarbeitung des Kongresskonzeptes »Europa der Bürgerinnen«

1997 FEBRUAR // Brief an die Senatsbauverwaltung mit der Forderung »Mehr Teilnehmerinnen an Architekturwettbewerben«

MÄRZ // Internationaler Frauentag – Pressekonferenz zu Forderungen und Aktionen/Veranstaltungen, Teilnahme an Veranstaltungen

MAI // »Wenn Frauen (Volks-)Begehren« – öffentliche Podiumsveranstaltung mit Frauen der österreichischen »Initiative Volksbegehren«

SEPTEMBER // »Weltwärts Schwestern!« Frauenpolitische Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit, Veranstaltung mit der Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses

1998 MAI // »Europa – Union der Bürgerinnen« – Die neuen Herausforderungen an die Frauenbewegungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben – Zweitägiger Kongress der Überparteilichen Fraueninitiative mit über 300 Teilnehmerinnen aus 26 Ländern, darunter Regierungsvertreterinnen

1999 MÄRZ // Podiumsdiskussion mit Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien für das Europaparlament: »Europa der Frauen in guter Verfassung? Eine Charta der Grundrechte oder eine Verfassung für die Europäische Union?«

2000 JANUAR // Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative | Festrednerinnen: Carola von Braun (FDP), Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative; Maria Eichhorn (CDU), Mitglied des Bundestages und weitere Abgeordnete des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses zum Thema »Überparteilich arbeiten in Bund und Land« – Vorstellung der überparteilichen Ziele unserer Arbeit

AUGUST // Auf Initiative der Interfraktionellen Arbeitsgruppe der Abgeordneten des Bundestages Ulla Schmidt (SPD), Rita Süßmuth (CDU), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Monika Knoche (Bündnis 90/Die Grünen) und Petra Bläss (PDS) beteiligt sich die Überparteiliche Fraueninitiative an den »Tagen der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages«. Der Info-Stand wird ferner unterstützt von den Senatorinnen Dr. Christine Bergmann und Lore-Maria Peschel-Gutzeit sowie von Vizepräsident Wolfgang Thierse, Rudolf Seiters MdB, Dr. Irmgard Schwaetzer MdB, Bezirksstadträtin Franziska Eichstädt-Bohlig, Christa Luft MdB, Ina Lenke MdB. Wesentliche Beratungs- und Diskussions-themen an diesem fraktionsübergreifenden gemeinsamen Fraueninformationsstand: Frauenrente; Frauen und Bundeswehr; Frauen und Ehrenamt; zwei Jahre rot-grüne Frauenpolitik; Frauen, Politik und Macht; Frauen und Bildung; Zusammenarbeit von Parlamentarierinnen und Frauennetzwerken; Frauen und Gesundheitspolitik; Frauen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele verschiedene Frauenprojekte werden öffentlich vorgestellt u. a. von Petra Bläss; 800 Unterschriften werden gesammelt zur Unterstützung des geplanten Weltfrauenmarsches nach Brüssel. Damit beginnt eine langjährige Zusammenarbeit zwischen den beiden interfraktionellen Initiativen

2001 JANUAR // Aufruf der Überparteilichen Fraueninitiative anlässlich des »Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« zum Gedenkmeeting »Wider das Vergessen – Zivilcourage gestern und heute« am Monument in der Rosenstraße. Erinnert wird an die mutigen Frauen, die im Rahmen der »Fabrikaktion« 1943 ihre jüdischen Männer und Söhne vor dem Abtransport in Vernichtungslager bewahrten. Rednerinnen u. a.: die Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D. Prof. Rita Süßmuth (MdB), die Zeitzeugin Gisela Mießner und die Gestalterin des Denkmals, Ingeborg Hunzinger.

Seitdem ist die Überparteiliche Fraueninitiative Mitglied des Initiativkreises, der das alljährliche Gedenken an die mutigen Frauen organisiert.

OKTOBER // Erarbeitung von Wahlprüfsteinen zur Abgeordnetenhauswahl in Kooperation mit weiteren Frauennetzwerken und -projekten; Versand der Wahlprüfsteine an die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten sowie öffentliche Präsentation ihrer Antworten



Gedenkmeeting »Wider das Vergessen - Zivilcourage gestern und heute« am Denkmal »Frauenprotest in der Rosenstraße« in Berlin-Mitte.

NOVEMBER // »Frauenrechte in Afghanistan« – Podiumsdiskussion in Kooperation mit der interfraktionelle Frauengesprächsrunde der Bundestagsfraktionen //

Beteiligung an der von Terre des Femmes organisierten Fahnenaktion »Gewalt gegen Frauen stoppen«

2002 JANUAR // Offener Brief der Überparteilichen Fraueninitiative an die Verhandlungsführer und Parteitage delegierten von SPD und PDS mit der Aufforderung, in Übereinstimmung mit ihren Wahlkampf-Ankündigungen mindestens die Hälfte der Senatsposten mit Frauen zu besetzen

MAI // Leyla Zana wird im Gefängnis 40: Brief der Überparteilichen Fraueninitiative an Bundesminister Joschka Fischer mit der Forderung, sich erneut für ihre Freilassung einzusetzen //

»Zivilcourage zeigen« – Unterstützung des Aufrufs der Berliner Initiative »Berlin gegen Rassismus« zum 1. Mai //

»Mehr als nur 0,07 % des Haushalts für Frauen!« – die Überparteiliche Fraueninitiative diskutiert mit Expertinnen das Thema Gender Budgeting

JUNI // Offener Brief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, den Finanzsenator Thilo Sarrazin und den Senator für Wirtschaft, Arbeit, Frauen Dr. Gregor Gysi: die Überparteiliche Fraueninitiative fordert die Umsetzung der Berliner Koalitionsvereinbarung und des Amsterdamer Vertrags bezüglich Gender-Mainstreaming //

AUGUST // »Gleichberechtigung – Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland«, Kongress anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Überparteilichen Fraueninitiative //

Offener Brief an die Moderatorinnen und Moderatoren der »Kanzlerduelle« in ARD/ZDF bzw. RTL/SAT1 mit der Forderung, in ihren Interviews frauenpolitische Fragestellungen nicht auszuklammern, z.B. Themen wie Einkommens- und Rentenangleichung, Chancengleichheit im Beruf, Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit, gleiche Ausbildungschancen für Mädchen und die Umsetzung von Gender-Mainstreaming

SEPTEMBER // »Wählen gehen!« – Überparteilicher Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 2002 //

Diskussionsveranstaltung (»Aktiventreffen«) zum Hartz-Papier »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«

OKTOBER // Start des Projekts »Sarah Hagar« – Religion, Politik, Gender

NOVEMBER // 2. Diskussionsveranstaltung zum Hartz-Papier »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«

DEZEMBER // »Aktiventreffen« zum Thema: »Überparteiliche Frauenpolitik, Erfahrungen und Resümee«

2003 JANUAR // Neujahrsempfang | Festrednerinnen: Justizsenatorin Karin Schubert; Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Renate Künast; Staatssekretärin im Senatsfrauenressort Susanne Ahlers zum Thema »Frauenpolitische Erfahrungen und Schwerpunkte«

FEBRUAR // Offener Brief zur Wahl der Intendantin des RBB

APRIL // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit dem Stellv. Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf

MAI // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussion mit der Stellv. Bürgermeisterin und Justizsenatorin Karin Schubert

JUNI // Was bringt »Hartz« für Frauen? – Podiumsdiskussion in Kooperation mit dem Deutschen Frauenrat, dem Berliner Frauenbund 1945 e.V. und dem Deutschen Juristinnenbund e.V.; Verabschiedung eines offenen Briefes an die Mitglieder des Deutschen Bundestages

AUGUST // »Wer nichts hat, der wird nichts gegeben« – öffentlicher Diskurs der AG Hartz, die sich unter Leitung der Überparteilichen Fraueninitiative gegründet hat

OKTOBER // Offener Brief der Berliner Frauenverbände zum Gesetzentwurf »Hartz III/IV« an die Mitglieder des Bundestages, die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, den Berliner Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie den Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit //

Veranstaltung: »Brustkrebs und Public Health: Brustkrebsaufklärung und Prävention als politische Herausforderungen«

NOVEMBER // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit Finanzsenator Thilo Sarrazin, in Kooperation mit dem Berliner Frauenbund 1945 e. V.

2004 JANUAR // Neujahrsempfang | Festrednerin: Prof. Dr. Heide Pfarr, Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema: »Gender Mainstreaming? Gender Mainstreaming!«

APRIL // Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundestages mit der Forderung nach Unisexstarifen bei der Riester-Rente

MAI // Rede von Carola v. Braun, Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative, auf dem Empfang zum Sarah-Hagar-Abschlusskongress: »Das Politische im Religiösen, das Religiöse im Politischen; Religion, Politik und Gender – ein entscheidendes Zukunftsthema« //

Unterstützung des Briefes der Initiative »8. März« für die Wahl von Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Europa Universität Viadrina, zur Bundespräsidentin //

»Wie weiblich ist Europa? Frauenrechte in der europäischen Verfassung und die Antidiskriminierungsrichtlinien« – Podiumsdiskussion in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Berlin e. V.

JUNI // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit der Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Dr. Heidi Knake-Werner, zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin

AUGUST // Informationsveranstaltung »Staatliche Rente und private Altersvorsorge für Frauen«

OKTOBER // »Die Hartz-IV-Gesetze – Politik und ihre Auswirkungen auf Lebensentwürfe und Leitbilder von Frauen im europäischen Vergleich« – eine Veranstaltung der AG Hartz

NOVEMBER // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit der Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer

2005 seit 2005 Mitarbeit im Frauenpolitischen Beirat des Senatsfrauenressorts

JANUAR // Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative | Festrednerin: Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB, Bundesvorsitzende der Frauenunion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU zum Thema »Frauenpolitische Schwerpunkte in der Frauen-Union«

FEBRUAR // Podiumsdiskussion: »Gleichstellung in der Wirtschaft – Quo Vadis?«, gemeinsame Veranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative, der

interfraktionellen Frauengruppe im Bundestag und des Genderkompetenz-zentrums der Humboldt-Universität Berlin //

Das Projekt »Sarah-Hagar: Politik – Religion – Gender« wird vom Bündnis für Demokratie und Toleranz mit einem Preis geehrt //

»Von der Kriechspur auf die Überholspur!? – Wie kann deutsche Gleichstellungs-politik vom europäischen Mainstream profitieren?« Kooperationsveranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative, dem Berliner Frauenbund 1945 e. V. und der Arbeitsgruppe »Hartz« unter Beteiligung weiterer Frauenverbände //

»Frieden braucht Frauen: Zur Arbeit des Frauensicherheitsrates«: Diskussions-veranstaltung mit Petra Bläss, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Mitglied in vielen Vereinen und NGOs

APRIL // Vorstandsmitglied Monika Wissel wird für ihr vielfältiges frauen-politisches Engagement das Bundesverdienstkreuz verliehen

MAI // Unterstützung und Erstunterzeichnung des Aufrufs der »Initiative für ein Europa ohne Rassismus« anlässlich des geplanten Aufmarsches von Neo-nazis am 8. Mai am Brandenburger Tor //

Vortrag von Carola v. Braun im Frauen-Studien-und Bildungszentrum der EKD: »Zur Rückkehr Gottes in die Politik – Perspektiven auf Deutschland« mit Bezug auf das Sarah-Hagar-Projekt der Überparteilichen Fraueninitiative

JUNI // Start des Sarah-Hagar-Nachfolgeprojekts »Transkulturelles und inter-religiöses Lernhaus der Frauen« zur Ausbildung von Kulturmittlerinnen; ein vom BMFSFJ gefördertes Kooperationsprojekt der Überparteilichen Fraueninitiative und der Katholischen Hochschule NRW mit drei Lernhäusern in Berlin, Frankfurt a. M. und Köln; die Überparteiliche Fraueninitiative ist neben ihrer Rolle in der Projektleitung auch Trägerin des Berliner Lernhauses

NOVEMBER // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit dem Senator für Bildung, Jugend und Sport, Klaus Böger //

Protestbriefe an EU-Präsident José Manuel Barosso, den Deutschen EU-Kom-missar Günter Verheugen und an deutsche Abgeordnete der EU aller Parteien sowie an die Ausschüsse FEMM (Ausschuss für Frauenrechte und Chancengleichheit) und LIBRE (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) gegen die Zusammenlegung des Programms DAPHNE zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder mit dem Anti-Drogen-Programm

2005/ Mitarbeit eines Vorstandsmitgliedes im Beirat des Berliner Frauenberichts

2006 (»Frauen in Berlin – Bildung, Berufe, Einkommen«)

- 2006 JANUAR** // Neujahrsempfang | Festrednerin: Annette Gröschner, Schriftstellerin, zum Thema »Frauenruheraum – ein weiblicher Blick auf Berlin« // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit dem Innensenator Dr. Ehrhart Körting
- FEBRUAR** // »Geschlechtergerechtes Haushalten – Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt!«; eine Veranstaltung der AG »Gender Budget« der Überparteilichen Fraueninitiative, dem Berliner Frauenbund 1945 e. V., der »Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin« sowie der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Berlin (ASF)
- APRIL** // Fachtagung zum Thema »Frauen – Dienstmädchen der Nation?! Die Zukunft des sozialen Dienstleistungssektors – ein europäischer Vergleich«
- JUNI** // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit Thomas Flierl, Senator für Wissenschaft, Kultur und Forschung // Stellungnahme der Überparteilichen Fraueninitiative zum Berliner Frauenbericht
- NOVEMBER** // Erarbeitung des Kongresskonzepts für »Strategien der Frauenbewegungen in Europa« sowie Sammeln von Hunderten von Unterschriften aus Politik, Wirtschaft, Kultur im In- und Ausland zur Unterstützung dieses Kongresses
- 2007 JANUAR** // Neujahrsempfang | Festrednerin: Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a. D., zum Thema »Einmischung von Frauen in die bestehenden Strukturen zu Gunsten gerechterer Verhältnisse weltweit«
- MAI** // »Geschlechtergerechtes Haushalten in Berlin: Viel getan! – Viel erreicht?« Öffentliche Diskussionsveranstaltung, organisiert von der AG »Gender Budget«
- AUGUST** // Fachtagung »Demographischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?«
- OKTOBER** // Chinareise einer zivilgesellschaftlichen Frauen-Delegation auf Einladung der Überparteilichen Fraueninitiative und in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Berlin e. V.



Reise der ersten zivilgesellschaftlichen Frauen-Delegation nach Peking, Empfang bei der Stadtregierung Peking.



Reise der ersten zivilgesellschaftlichen Frauen-Delegation nach Peking. Begegnung mit Schülerinnen und Studentinnen in Peking.

NOVEMBER // »Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) – Traum oder Alptraum für Frauen?« Überparteilicher Runder Tisch der Frauen in Zusammenarbeit von Überparteilicher Fraueninitiative und dem »Netzwerk Grundeinkommen« mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude

2008 JANUAR // »Transkulturalität im Alltag« – Workshop des Berliner Lernhauses
FEBRUAR // Neujahrsempfang | Festrednerin Dr. Monika Hauser, Ärztin und Gründerin von *medica mondiale e.V.*, zum Thema »Das Wirken von *medica mondiale* wider die Benachteiligung von Frauen weltweit«

MÄRZ // Übergabe des Berliner Freiwilligen-Passes im Namen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, im Roten Rathaus an die Vorstandsmitglieder Pia Kaiser, Gisela Vollradt und Petra Tesch

APRIL // Abschluss des Berliner Lernhauses – Zertifikatsübergabe an die Teilnehmerinnen durch die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Dr. Heidi Knake-Werner

MAI // »Zivilgesellschaft braucht Kulturmittlerinnen« – gemeinsame Fachtagung des gesamten Lernhausprojekts in Frankfurt a. M.

JUNI // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit der Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher

OKTOBER // Unterstützung der Festveranstaltung »100 Jahre Studium der Frauen in Preußen«

DEZEMBER // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit der Senatorin für Justiz, Gisela von der Aue

- 2009 FEBRUAR** // Neujahrsempfang | Festrednerin: Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, zum Thema »20 Jahre nach dem Fall der Mauer – ein Blick auf Frauen in Ost und West«
- MAI** // »Frauen – Wissenschaft – Karriere« – Diskussionsveranstaltung mit dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an den Berliner Hochschulen (afg), der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen (LaKoF) und der Landesvertretung Akademischer Mittelbau Berlin (LAMB)
- NOVEMBER** // »frauen sichten politik – West-Ost 1989–2009«: Zweitägiger Kongress, u. a. Podiumsdiskussion mit Politikerinnen von damals und heute zu »20 Jahre Frauen Ost und West – Erkenntnisse, Aussichten und Fragen an die Politik heute«

- 2010 FEBRUAR** // Neujahrsempfang | Festrednerin Maria Macher, Projektgründerin und Leiterin des Projektes »Stadtteilmütter in Neukölln« zur Entwicklung und Arbeit des Projektes
- MÄRZ** // Vorstandsmitglied Anke Domscheit-Berg wird für innovative Arbeit im Bereich Wirtschaft und Technologie mit dem Berliner Frauenpreis geehrt
- APRIL** // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Diskussionsveranstaltung mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Blum //
- Die Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative, Carola von Braun, wird im Roten Rathaus für ihre außerordentlichen Leistungen in der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin und in anderen frauenpolitischen Bereichen des Landes mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt



Teilnehmerinnen des Neujahrsempfangs 2010.

MAI // Offener Brief der AG Frauen-Arbeit-Politik (FAP), die sich unter dem Dach der Überparteilichen Fraueninitiative gegründet hat, zum »Reformbedarf bei den Bedarfsgemeinschaften nach SGB II«, verschickt an alle fachlich zuständigen Politikerinnen und Politiker und Ausschüsse im Deutschen Bundestag

AUGUST // »China heute« – Diskussionsveranstaltung mit Kerstin Lohse, Korrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio

SEPTEMBER // »Vom Fachkräftebedarf zum Masterplan Qualifizierung« – Diskussionsveranstaltung der AG Frauen-Arbeit-Politik

NOVEMBER // Parlamentarischer Dialog mit den frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses // Beteiligung der Überparteiliche Fraueninitiative am 10. Jahrestag der Fahnenaktion »Gewalt gegen Frauen stoppen«, organisiert von Terre des Femmes; nach Bitte der Überparteilichen Fraueninitiative an den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses beteiligt auch dieses sich an der Fahnenaktion

DEZEMBER // Kontaktaufnahme zu Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe (Notübernachtung für Frauen, FrauenbeDacht, Frauenladen)

2011 FEBRUAR // Neujahrsempfang | Festrednerin Magdalena Kemper, Chefredakteurin der »Zeitpunkte« im RBB zum Thema »Frauenpolitische Berichterstattung in den Medien« //

Offener Brief »Bildungsverlierer auf dem Weg zum Chefsessel?« an das BMFSFJ: Protest gegen vorgesehene erhebliche Kürzungen und Umschichtungen im Teilbereich Gleichstellungspolitik zulasten der Förderung von Mädchen und Frauen im Haushaltsplan 2011

MÄRZ // Vortrag und Diskussion mit Fachfrauen zum Thema »Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen in Berlin« und Gründung einer internen Arbeitsgruppe der Überparteilichen Fraueninitiative zur Situation wohnungs- und obdachloser Frauen mit dem Schwerpunkt Notübernachtung und Gesundheitsversorgung

APRIL // Fortsetzung des parlamentarischen Dialogs mit den frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses

MAI // »Dienstleistungspolitik – Industriepolitik – Perspektiven einer geschlechtergerechten Beschäftigungspolitik«, Diskussionsveranstaltung der AG FAP



Neujahrsempfang 2011, Grußworte von Martina Michels, Vizepräsidentin und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (DIE LINKE)

AUGUST // Podiumsdiskussion der AG FAP zum Thema »Bedarfsgemeinschaft« //

Gespräch auf Einladung des Staatssekretärs Dr. Benjamin-Immanuel Hoff und des Landesbeauftragten für Psychiatrie, Heinrich Beuscher, in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz zur Problematik psychisch erkrankter, obdachloser Frauen sowie der Schnittstellenproblematik Niedrigschwellige Wohnungslosenhilfe und Psychiatrie //

Auf Initiative der Abgeordneten Minka Dott Gespräch mit Rainer-Maria Fritsch, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, zur Situation von Frauen in Wohnungsnot und über Versorgungsnot

SEPTEMBER // Gespräch in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen zur Problematik psychisch erkrankter und von Gewalt betroffener Frauen in Wohnungsnot

2012 JANUAR // Interfraktionelle Anhörung (Fachvortrag und Diskussion) im Abgeordnetenhaus Berlin zum Thema »Wohnungs- und obdachlose Frauen« mit frauenpolitischen, gesundheitspolitischen und sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen

FEBRUAR // Neujahrsempfang | Festrednerin Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a. D. zum Thema »20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin« //

Fachgespräch »Demografischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?« – Fortsetzung des Kongressthemas von 2007

MÄRZ // Erarbeitung eines Positionspapiers zur Unterstützung der Anhörung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Berliner Abgeordnetenhauses zum Thema: Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen – Probleme, Erkenntnisse, Handlungsbedarf

NOVEMBER // Pressekonferenz im Abgeordnetenhaus von Berlin anlässlich der Eröffnung des Kongresses »Was ist Leistung?« in Anwesenheit des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, und des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, sowie Eröffnung der Ausstellung »20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin« //

Zweitägiger Kongress der Überparteilichen Fraueninitiative zum Thema »Was ist Leistung?«, Teil I. Als Kongressmaterial wird u. a. ein Positionspapier der Überparteilichen Fraueninitiative »Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) – ein Weg, um Leistungen und Kompetenzen von Frauen fair und gerecht anzuerkennen?« vorgelegt

- 2013** **FEBRUAR** // Neujahrsempfang | Festrednerin Britta Köppen, Psychologin im Projekt »Psychologische Beratung für wohnungslose Frauen« zum Thema »Obdachlosigkeit von Frauen in Berlin und Erfahrungen aus der Praxis«
- MÄRZ** // Eröffnung der Wanderausstellung »Ehrenamtliches Engagement – am Beispiel 20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.« anlässlich des Internationalen Frauentages im Rathaus Marzahn-Hellersdorf
- APRIL** // Eröffnung dieser Wanderausstellung in der Alice-Salomon-Hochschule //
- Positionspapier zum Thema »Altersarmut als Folge des weiblichen Erwerbslebens?!« der AG »Frauen Arbeit Politik«
- NOVEMBER** // Gründung eines Beirates aus Fachfrauen der Bereiche Politik, Gesundheit und Soziales durch die AG »Wohnungslose und obdachlose Frauen in Berlin« der Überparteilichen Fraueninitiative zur Erarbeitung von Stellungnahmen für das Abgeordnetenhaus und zur Vorbereitung einer Fachtagung unter Beteiligung von Fraktionssprecherinnen und -sprechern //
- Teilnahme von drei Vorstandsfrauen der Überparteilichen Fraueninitiative an der Konferenz »Domestic Workers Rights« im EU-Parlament in Brüssel //
- Schreiben an die Bundesministerinnen für Verteidigung und für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen und Andrea Nahles, mit Forderungen der AG FAP zur Verhinderung von Altersarmut bei Frauen
- 2014** **JANUAR** // Reihe »Berliner Senatorinnen und Senatoren im öffentlichen Gespräch«: Frauenpolitischer Jahresauftakt mit Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen
- FEBRUAR** // Neujahrsempfang | Festrednerin Prof. Dr. Nivedita Prasad, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, zum Thema »Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung in Deutschland« //
- Die Überparteiliche Fraueninitiative ist Kooperationspartnerin der Fachtagung von KOBRA: »Beratung für Frauen zu Beruf, Bildung und Erwerbsarbeit heute noch zeitgemäß? Übergangsrisiken im Erwerbs- und Lebensverlauf von Frauen« //
- Die Karikaturistin Marie Marcks stirbt im Alter von 92 Jahren; sie hatte der Überparteilichen Fraueninitiative kurz nach deren Vereinsgründung ihre Karikatur »Frauen – Opfer der Einheit« als Logo zur Verfügung gestellt
- JUNI** // Fachgespräch zum Thema »Wohnungslosigkeit von Frauen in Berlin – Entwicklungen, Probleme, Handlungsbedarfe«



Neujahrsempfang 2015

2015 FEBRUAR // Neujahrsempfang | Festrednerin Prof. Dr. Claudia Janssen, Leiterin des Studienzentrums der EKD für Genderfragen, zum Thema »Genderfragen sind Zukunftsfragen – vom Feminismus zu Genderfragen in der evangelischen Kirche, Frauennetzwerke in der Kirche«

MÄRZ // Schreiben an den WDR zur Sendung »hart aber fair« vom 2. März 2015, die sich in einseitiger und missbilligender Weise mit dem Thema Genderforschung beschäftigt hatte //

Positionspapier zur Verbesserung der Versorgung wohnungsloser Frauen mit und ohne Kinder, verschickt an die gesundheitspolitischen, sozialpolitischen und frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus sowie an Träger der Wohnungslosenhilfe und Gesundheitsversorgung

APRIL // Ehrung der Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative, Carola v. Braun, für ihr frauenpolitisches Engagement mit der Louise-Schroeder-Medaille

JUNI // Fachtagung »Wohnungslose und obdachlose Frauen in Berlin« – veranstaltet von der AG »Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen« der Überparteilichen Fraueninitiative sowie deren Beirat

SEPTEMBER // Diskussion und Verabschiedung des Positionspapiers zum »Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen« (Prostituiertenschutzgesetz)
NOVEMBER // Zweitägiger Kongress der Überparteilichen Fraueninitiative zum Thema »Was ist Leistung?«, Teil II: Care und Arbeitsbedingungen in den Frauenberufen

- 2016 FEBRUAR** // Neujahrsempfang | Festrednerin: Diana Henniges, Sprecherin der Initiative »Moabit hilft«, zum Thema »Geflüchtete Frauen in Berlin – Willkommenskultur und Probleme« //
 Aktualisierte Version des Positionspapiers der Überparteilichen Fraueninitiative zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) //
 Gründung der »Initiative Wohnraum für Frauen« mit dem Ziel, Ideen für die Sicherung und Beschaffung von Wohnraum für wohnungs- und obdachlose Frauen zu entwickeln; die Initiative wurde von Vorstandsfrauen der Überparteilichen Fraueninitiative und weiteren Frauen gegründet, die sich für dieses Ziel einsetzen und Verbindungen zu weiteren Frauen-Netzwerken herstellen wollen
MAI // »Geschlechterforschung trifft Politik – Politik trifft Geschlechterforschung«: Gemeinsame Dialogveranstaltung der afg Berlin (Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen der Berliner Hochschulen) und der Überparteilichen Fraueninitiative
MAI BIS NOVEMBER // Begleitung der Ausstellung »Berlin – Stadt der Frauen« im Ephraim-Palais durch eine Fragebogenaktion (Erarbeitung der Fragen und Auswertung der Antworten)
NOVEMBER // Übergabe der Auswertungsergebnisse an die Stiftung Stadtmuseum, an die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien sowie an Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

- 2017 FEBRUAR** // Neujahrsempfang anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Überparteilichen Fraueninitiative | Festrednerin Prof. em. Dr. Christina Thürmer-Rohr zum Thema »Eine Welt in Scherben? Gender, Nation und Pluralität«
- MÄRZ** // Schreiben an den Chef-Kurator des Landes Berlin im Humboldt-Forum, Paul Spies, mit der Forderung, den gesellschaftlichen Beitrag der Frauen und den weiblichen Blick auf gesellschaftlichen Entwicklungen im Berliner Beitrag für die Ausstellung im Humboldtforum angemessen zu berücksichtigen
//
Nominierung der Überparteilichen Fraueninitiative für den Clara-Zetkin-Preis
//
Übergabe des Berliner FreiwilligenPASSES im Namen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, im Roten Rathaus an die Vorstandsmitglieder Uta Denzin-v. Broich-Oppert und Christel Wietusch
- MAI** // Parlamentarischer Dialog – Gespräch mit der Sprecherin für Gleichstellung der SPD, Derya Caglar //
Gespräch der Überparteilichen Fraueninitiative zum Thema »Genderforschung trifft Politik – Koalitionsvertrag und Richtlinien des Senats zur Umsetzung« mit Vertreterinnen und Vertretern der afd sowie den wissenschaftspolitischen und den Frauen-/gleichstellungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Koalitionsparteien
- DEZEMBER** // Vorankündigung Kongress »Was ist Leistung?« Teil III, Schwerpunkt Migrantinnen

Stand August 2017

Anhang

1. Presseerklärung und Gründung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin als parteienübergreifendes politisches Bündnis

Ein erster Schritt an die Öffentlichkeit war eine Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg, die Gruppe nannte sich von nun an Überparteiliche Fraueninitiative/Berlin Stadt der Frauen.

Die Presseerklärung vom 4. September 1992 lautete:

»Wir, Frauen im Parlament, erklären gemeinsam: überparteilich, zielorientiert und fest entschlossen, den Rechten der Frauen in Berlin Geltung zu verschaffen! Wir werden uns gemeinsam dafür stark machen! Was auch immer uns sonst politisch unterscheidet:

Wir sind uns einig: Der Umstrukturierungsprozeß im zusammenwachsenden Deutschland geht ganz wesentlich zu Lasten der Frauen. Wir wollen dieses nicht länger hinnehmen! Insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muß die Frage der Gleichberechtigung wieder eine entscheidende Rolle spielen. Staatliche Maßnahmen müssen endlich an Förderpläne geknüpft werden. Tariflich geregelte Teilzeitarbeit ist für Frauen und Männer attraktiv zu gestalten. Teilzeitstellen müssen in einem stärkeren Maße auch für Frauen in gut bezahlten Positionen angeboten werden, damit Frauen und Männer Kindererziehung und bezahlte Arbeit besser miteinander vereinbaren können.

Wir sind uns einig: Frauenprojekte in Berlin leisten unverzichtbare, häufig unbezahlte gesellschaftlich notwendige Arbeit. Sie setzen ein ermutigendes Signal gegen wachsende Resignation und Frauenerwerbslosigkeit und nehmen vielfältige soziale und kulturelle Aufgaben in unserer Stadt wahr.

Wir sind uns einig: Frauenrechte gehören in die Verfassung. Der aktive Gleichstellungsauftrag muß in der Verfassung verankert werden.

Wir, Frauen im Parlament, wollen, dass Berlin eine Stadt der Frauen ist!
Wir fordern deshalb alle interessierten Frauen auf, sich gemeinsam mit uns für diese Ziele einzusetzen.

Dr. Christine Bergmann, *Senatorin für Arbeit und Frauen*
Carola von Braun (MdA), *Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion*
Elke Herer (MdA), *Vorsitzende des Frauenausschusses des Abgeordnetenhauses und frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion*
Ingrid Holzhüter (MdA), *Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion*
Dr. Sibyll-Anka Klotz (MdA), *Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Grüne (AL/UFV)*
Irina Schlicht (MdA), *frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion*
Professor Dr. Jutta Limbach, *Senatorin der Justiz*
Ingrid Stahmer, *Senatorin für Soziales*



Die Gründerinnen 1992.

Eine »Welt in Scherben«? – Gender, Nation und Pluralität

Christina Thürmer-Rohr

**Festvortrag auf dem Neujahrsempfang 2017
anlässlich des 25-jährigen Bestehens der
Überparteilichen Fraueninitiative Berlin**



Ich kann mich noch gut an die große Zustimmung erinnern, als vor 25 Jahren die Überparteiliche Fraueninitiative in Berlin gegründet wurde. Das Konzept, die Gleichberechtigung der Geschlechter als breite demokratische Forderung quer zu allen Parteieninteressen zu verstehen, korrespondierte im weitesten Sinne mit dem der damaligen Frauenforschung, die kein Spezialgebiet im Kanon der universitären Fachdisziplinen sein wollte, sondern eine gesellschaftlich wirksame Arbeit, die über die tradierten Disziplingrenzen hinausreicht. Solche Grenzerweiterungen haben wir damals mit großer Selbstverständlichkeit und großem Optimismus, mit beträchtlichem Erfolg und mit einem neuen Vertrauen in den Dialog vorgenommen.

Politische Bildung braucht als ihren wesentlichen Impuls eine Anfreundung mit der Welt. Diese Anfreundung kollidiert derzeit mit dem Bild einer »Welt in Scherben«, dieser Metapher aus der Mitte des letzten Jahrhunderts¹, die heute angesichts sog. populistischer Bewegungen, der Kriegs- und Flüchtlingsrealität, der Zerreißproben Europas und nicht zu-

1 Titel der Jubiläumsveranstaltung 2015 des »Hannah Arendt Preises für politisches Denken e.V.« (Hsg.): Welt in Scherben. Heinrich Böll Stiftung Bremen 2016. Die Metapher verwendeten Hannah Arendt, Herrmann Hesse, später »Ton Steine Scherben« und der Techno DJ Thomas P. Heckmann »Welt in Scherben I–V«. Siehe aber auch das berühmte Lied der HJ und SA von Hans Baumann mit dem Refrain: »Wir werden weitermarschieren / wenn alles in Scherben fällt / denn heute gehört uns Deutschland / und morgen die ganze Welt«.

letzt der USA-Wahlen vom letzten November wieder aufgegriffen wird². Sich mit einer »Welt in Scherben« anzufreunden, wird so zur paradoxen Herausforderung.

Wir sind heute in der Gefahr, den Optimismus und das politische Selbstvertrauen zu verlieren. Die Konflikte unserer Zeit werden brutaler und kennen keine festen Regeln³. Wir haben Grund zu befürchten, dass da, wo wir es nicht erwartet hatten, demokratische Institutionen demontiert und sicher geglaubte Ordnungen nicht nur verspielt, sondern bewusst zerstört werden. Wir sind konfrontiert mit dem Faktum, dass politische Macht erreicht werden kann mit der Verhöhnung des Rechtsstaats und der Verachtung der Presse, mit unverfrorenen Lügen und gezielten Desinformationen, mit Rassismus und weißem Nationalismus einschließlich aller ungeahnten Entgrenzungen und Tabubrüche. Niemand weiß, ob die Demokratien das aushalten. Der Beweis scheint erbracht, dass die Akteure sich mit der Rückkehr zum männlichen Prinzip, mit Frauenfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit und mit der behaupteten Gefahr einer »Entmännlichung« durch qualifizierte Frauen nicht schaden, sondern nutzen. Bestürzung auch nicht zuletzt deswegen, weil wir nicht wirklich auf die Ereignisse vorbereitet waren. In Nachlesen der USA-Wahlen heißt es z. B.: Wer sind wir, »die wir ... nicht begriffen, dass die Leute für jemanden mit rassistischer, fremdenfeindlicher Sprache, mit einer Geschichte sexueller Beleidigungen stimmen würden?«⁴. Könnte es sein, dass eine liberale und feministische Generation sich »vor den Problemen derer verschließt, die außerhalb der eigenen Gruppe stehen«⁵, dass uns unsere Art des liberalen Denkens von der Wirklichkeit abschirmt? Viele der Angesprochenen sagen »Ich verstehe die Welt nicht mehr«. Wie kommt es, dass auch kritische Zeitgenossinnen und -genossen die Macht und Gewalt dieser Entwicklungen nicht vorhersahen oder nicht wirklich ernst nahmen, so, als sei für die eigene Meinungsbildung die Übereinstimmung mit Gleichgesinnten ausreichend?

2 Z. B. Einladungsschreiben zum Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2015: »Welt in Scherben. Menschenrechte, Religion und politisches Denken heute«.

3 Siehe z. B.: Wolfgang Bauer: Das Gift des Krieges – Der Krieg im Sudan. In: Zeit Magazin Nr. 2, 5. Januar 2017, S. 14–32.

4 Judith Butler: Wer sind sie? In Süddeutsche Zeitung, Nr. 260, 10. November 2016, S. 13.

5 Marc Lilla, zitiert im Spiegel, Nr. 49, 2016, S. 134.

Das Wort Gender ist heute zum ausgemachten Feind vor allem der ganzen Palette nationalistischer Rechter geworden⁶. Antifeministische Zirkel, sog. Identitäre Bewegungen, Maskulisten, Männerrechtler, Teile der AfD, vor allem der Jungen Alternativen⁷ und darüber hinaus wollen den »Genderwahn stoppen«, verstehen sich als Notwehr gegen die »Diktatur des Genderismus« und gegen eine »verweiblichte« Gesellschaft, halten Gender für eine »Kultur des Todes«, Gleichstellungspolitik für eine »Entmannung« ganzer Generationen und für eine Unterminierung der Familie, Sexualkundeunterricht an Schulen für homosexuelle Trainingsstätten, Genderforschung für »feministische Umerziehungslager«⁸ und für eine Verschwendung öffentlicher Gelder etc.

Es ist ein heillooses Gemisch aus Unverständnis, Vorurteilen, Häme und augenzwinkerndem Herrenwitz. Auch im Common Sense und in etablierten Medien finden sich sonderbare paradoxe Reaktionen. Die Rede ist von gekränkten Männern und verletzten Männlichkeiten so, als garantiere die unverletzte Männlichkeit eine harmlosere Variante der Dinge⁹. Aber auch unabhängig von solchen Verzerrungen stellt der Genderbegriff manche Anforderungen an gewohnte Vorstellungen von richtig und falsch, natürlich und unnatürlich. Auch manchen Gutwilligen kommt der fortgeschrittene Geschlechterdiskus oft abstrakt, elitär, hermetisch vor, so, als behandle er lediglich Randprobleme oder als sei er nichts als eine weitere Stimme im Chor verrückter Minderheiten. Solche Meinungen krankten nicht nur an Hürden der Vermittlung. Sie spiegeln auch die hartnäckige und weit über den rechten Rand hinausgehende Abwehr, das Konzept Gender in einen größeren Zusammenhang politischen Denkens zu stellen.

Über die selbstverständliche demokratische Forderung nach Gleichberechtigung hinaus liegt das kritische Potential einer Genderpolitik darin, »Geschlecht« in seiner Vielfältigkeit und Plastizität ernst zu nehmen und

6 Heide Oestreich: Gender matters. Antifeminismus in Deutschland. Infobrief FES Forum Politik und Gesellschaft Nr. 6.

7 S. z. B.: Neue deutsche Welle, in: Zeit Magazin Nr. 52, 15.12.2016, S. 34–47.

8 Z. B. Björn Höcke (AfD): »Nur wenn wir wieder mannhaft werden, werden wir wehrhaft sein«.

9 2015 wurden in Deutschland 117.000 Frauen Opfer sexueller Gewalt, deren Täter keine Flüchtlinge, Migranten oder Islamisten waren.

so Pluralität für alle zur Einheit gezwungenen oder sich zwingen lassenden Menschengruppen einzufordern. Der Begriff Gender stellt sich damit quer zu allen Kategorisierungen, die Pluralität zerstören und Kollektivpersonen schaffen und erhalten wollen, die die Verschiedenen zum Singular nötigen – die Frau, der Mann wie der Deutsche, der Syrer, der Flüchtling etc. Der Genderbegriff weist solche Kollektivsetzungen zurück, die auch mit Hilfe tradierter Geschlechterordnungen Männern und Frauen vordefinierte Orte und Wesensmerkmale zuschreiben. Er untersucht die Auswirkungen einer exklusiven Geschlechter-Zweiteilung auf die Wissens- und Kulturproduktion und auf die politische Machtverteilung. Er definiert Geschlecht bekanntlich nicht als etwas, was man hat und ist, sondern als Lernprozess, der im »going gender« von Generation zu Generation weitergetragen wurde, allerdings auch jede Menge unerwartete Ergebnisse zeitigt. Er weist die erzwungene Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit als große Unordnung zurück, als Scheinordnung, die Männer und Frauen immer wieder wie zwei gegebene Spezies handhaben und alle normabweichenden Formen in den Bereich der Pathologie befördern will oder bestenfalls als Abweichung toleriert. Aus Gender-Perspektive handelt es sich aber nicht um Abweichungen, nicht um Problemenschen, sondern um Symptome einer normativen Gewalt, mit der das plurale Spektrum und die Selbstentwürfe der so verschiedenen Menschen verkannt und verletzt werden.

Genderforschung ist darauf aus, Geschlecht zum exemplarischen Terrain zu machen, auf dem menschliches Leben sich in seinen pluralen Formen Geltung verschafft. Sie hat wie kaum eine andere Disziplin ein kritisches Bewusstsein für die Erfahrung von Unterschieden entwickelt¹⁰ und Grenzsetzungen gewaltsamer Ordnungen zumindest aufgeweicht. Sie trägt dazu bei, falschen Identitäten zu misstrauen und ihren illusionären Charakter als »Verkürzung« und »Miniaturisierung menschlicher Existenz«¹¹ aufzudecken¹².

10 Michiko Mae: Nation, Kultur und Gender: Leitkategorien der Moderne im Wechselbezug. In: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hsg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung – Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden 2004, S. 620–625.

11 Amartya Sen: Die Identitätsfalle – Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München 2007.

12 Alain Badiou: Wider den globalen Kapitalismus. Berlin 2016, S. 9.

Für Hannah Arendt war Pluralität eine Existenzbedingung, die gegeben ist, die wir nicht entscheiden und die wir uns nicht aussuchen können. Das »absolute Unterschiedensein jeder Person von jeder anderen«¹³ ist für Arendt ein vorgängiges Prinzip, ist Grundlage des Politischen und Grundlage des Zusammenlebens. Und weil nicht der Mensch im Singular, sondern die Menschen geschaffen wurden, ist jeder Mensch ein neuer, ein anderer Mensch. Pluralität ist damit eine unabweisbare Tatsache und zugleich eine moralische und politische Forderung: wir sollen sie annehmen und müssen sie schützen. Sie ist zerstörbar¹⁴, und diese Zerstörung ist gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch ethischer Maßstäbe, gleichbedeutend mit der Zerstörung menschlichen Potenzials und dem Verfall des Politischen¹⁵. Bejahung der Pluralität heißt damit Bejahung eines Zusammenlebens, das sich der Grundbedingung unserer Existenz stellt: politische, »weltbegabte« Wesen zu sein, die sich einer heterogenen Wirklichkeit zuwenden können.

Heute wird Pluralität häufig reduziert auf bloße Vielfalt und schöne Buntheit. Diese Vereinfachungen können für das Zusammenleben in bestimmten sozialen Milieus vielleicht wohltuend sein, sie suggerieren aber eine Harmlosigkeit, die Unterschiede zum bloßen vielstimmigen Vergnügen herabmildert. Pluralität macht die Welt aber nicht nur bunt. Sie ist auch eine Quelle notwendiger Kontroversen, und sie ist angewiesen auf ein Zusammenleben, das sich nicht auf die Bestätigung der eigenen Lebenswelt verdünnt. Vor allem setzt Pluralität selbst notwendige Grenzen. Denn alle zutage tretenden Unterschiede bilden eine Schwelle, die vor jedem Gegenüber überquert werden muss und nicht wie ein störendes Hindernis einfach weggeräumt werden kann. Das Eigene bricht sich am Anderen durch einen Abstand, einen schützenden Halt. Pluralität verlangt einen Respekt, der verhindert, dass die Verschiedenen sich zu nahekommen, sich gegenseitig verletzen, dass sie verkannt, gleichgemacht und zur Zahl Eins gemacht werden.

13 Hannah Arendt: *Vita Activa – oder vom tätigen Leben*. München 1981, S. 164 ff.

14 Agnes Heller: In: Hannah Arendt Preis für politisches Denken e. V./ Heinrich Böll-Stiftung Berlin/Bremen: *Welt in Scherben*, 2016, S. 18.

15 Hannah Arendt: *Was ist Politik?* München 1993, S. 9.

Das Engagement für eine gendergerechte und zugleich identitätskritische Welt braucht einen politischen Rahmen, in dem die Gedanken verhandelt werden. Es braucht die Politisierung gewaltträchtiger Normen und eine Offenheit gegenüber pluralen Menschenbildern, um sie gesellschaftlicher Aufmerksamkeit auszusetzen. Diesen Rahmen kann erst eine Nation liefern, die den Geschlechterdiskurs in die politischen Schlüsselfragen der Macht- und Gewaltverhältnisse, der Kohabitation und Gerechtigkeit aufnimmt. Beide, Nation und Geschlecht, sind Resultate politischer Prozesse, die sich gegenseitig durchkreuzen und durchdringen¹⁶. Das ist nicht unbedingt Allgemeingut. Im Allgemeinen werden Geschlecht und Nation in getrennten Disziplinen abgehandelt, womit die Geschlechterfrage ein ziemlich blinder Fleck z. B. in den Politikwissenschaften bleibt und die Genderfrage sich von ihren politischen Grundlagen zu isolieren droht.

Nation und Geschlecht erfahren heute tiefgreifende Neudefinitionen. Sie dienen nicht mehr als Ordnungsmodelle, die das Schicksal sicher und unausweichlich bestimmen. Beide, Nation und Geschlecht, sind dabei, ihren tradierten Charakter als Identitätsstifter einzubüßen. Das sind Beunruhigungen, die gesellschaftliche Spaltungen provozieren und einen Unwillen, der die virulente Frage stellt: »Wer ist Wir?«. In diesem irritierten »Wir« spiegeln sich Veränderungen des Nationalen und Veränderungen der Geschlechterdefinitionen. Es sind konträre Antworten auf Globalisierung und Migration und auf Geschlechtergleichstellung und Unschärfen der Geschlechterdifferenz. Auf der einen Seite also Sympathien für Öffnungen jeder Art, für eine sich entgrenzende Welt voller Gelegenheiten und damit auch für Wege, herkömmlichen Geschlechterregimen zu entkommen. Auf der anderen Seite Rufe nach Rückkehr zur homogenen, ethnisch gefärbten heilen Nation, zur heilen Familie, zum heilen Geschlecht. Deutsche sollen »richtige« Deutsche sein, Männer »richtige« Männer, Frauen »richtige« Frauen.

Das Festhalten an essentialisierten Geschlechterbildern korrespondiert also mit dem Festhalten an einer Nation als völkischem ethno-kulturellem Organismus. In dessen zeitlos scheinende Normen kann eine ebenso zeitlos scheinende Geschlechterordnung nahtlos eingebettet werden:

16 Michiko Mae: Nation, Kultur und Geschlecht, a. a. O., S. 623.

in die Normen des Erbes, der Konstanz des Gewohnten, der vordefinierten Zugehörigkeiten. Ein wiederbelebter völkischer Nationalismus verlangt nach der traditionellen Definition der Geschlechter als ihren stabilisierenden Faktor. Er versteht die Zugehörigkeit der Staatsbürger/innen nicht in Begriffen politischer Gleichberechtigung und Pluralität, sondern macht Zugehörigkeit abhängig von einer weder ablegbaren noch erwerbbarer Ausstattung: der Gleichartigkeit. Solche Vorstellungen schmelzen die alten Geschlechtergehäuse ein in die vorpolitische Idee einer Abstammungsgemeinschaft, die die Fortschreibung ihrer Normen als »natürliche« Normen garantieren soll.

Die alten Ordnungskräfte von Nation und Geschlecht sind aber längst brüchig geworden. Die Nation ist kein souverän planendes und entscheidendes Projekt mehr, und damit verblasst auch die Sortierungs- und Ordnungssucht der westlichen Moderne¹⁷, jedenfalls verliert sie ihren Furor und ihr gutes Gewissen. Ihre Fragwürdigkeit führt zu Affekten gegen internationale Räume und Bündnisse, gegen die Lebensfähigkeit eines kosmopolitischen Denkens und gleichzeitig gegen den Sinn vervielfältigter Geschlechterrealitäten. Die Erkenntnis, dass Ungewissheit und Mehrdeutigkeit aus unserer Existenz nicht herausgewünscht werden können¹⁸, ist nicht einfach ein postmodernes Credo der 90er-Jahre, sondern erweist sich als Gegenwartserfahrung, zu der die Instabilität ebenso wie die Offenheit des Wir gehört, des fremden wie des einheimischen. Wenn die Hierarchie der Ethnien gepaart mit aggressiver Männlichkeit aufersteht, wenn Fremdheit ihr Stigma behält und Fremde wieder zu Verwandten der Angst werden, dann gerät jedes weltbezogene politische Denken nur noch zur schönen Predigt. Der Ruf nach Homogenität, nach heiler Nation und heilem Geschlecht wird wegen seiner Exklusionskraft zum gefährlichen Ruf und wegen seiner Unmöglichkeit zum vergeblichen Ruf – abgesehen davon, dass es solche Homogenitäten nie gab und das falsche Wir einer falschen Identität kein Schutz ist.

17 Zygmunt Bauman: *Moderne und Ambivalenz – Vom Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg 1992.

18 Zygmunt Bauman: *Moderne und Ambivalenz*, a. a. O., S. 98.

Das Bild einer »Welt in Scherben« entspricht vielleicht unserer gegenwärtigen Befindlichkeit. Es lässt allerdings vergessen, dass es Menschen gibt, die sich an der Vergrößerung der Scherbenhaufen nicht beteiligen. Deswegen ist das Bild riskant. Es suggeriert, dass die Zerstörung total und irreversibel ist, dass da nichts zu machen sei. Eine Anfreundung mit der Welt verträgt solchen Fatalismus nicht. Statt in Defätismus zu verfallen oder statt die Scherben – sofern das ginge – aufsammeln und kitten zu wollen, fordert der Freundschaftsversuch dazu auf, zu entscheiden, was wir behalten wollen, was wir neu finden müssen, was neu zusammenzusetzen, was veränderungswürdig ist. Er braucht Menschen, die bereit sind, ein Zeichen zu setzen¹⁹, Menschen, die wissen, dass die Beherrschung der Pluralität nicht einfach auf schon Gekonntes zurückgreifen kann, vielmehr ein ständiges Lernen, Verlernen und Umlernen verlangt, und dass der Dialog eine Sisyphusarbeit ist, die auch mit denen aufzunehmen ist, die wir uns nicht ausgesucht haben²⁰.

Am Schluss ihres Interviews mit Günter Gaus (1964) sagte Hannah Arendt: Das »ist nur möglich im Vertrauen auf die Menschen, ... einem grundsätzlichen Vertrauen in das Menschliche aller Menschen. Anders könnte man es nicht«²¹.

19 Timothy Snyder: Setzen Sie ein Zeichen! In: *Lettre international* Nr. 115, 2016, S. 1.

20 Judith Butler: *Am Scheideweg – Judentum und die Kritik am Zionismus*. Frankfurt/M. 2013.

21 Hannah Arendt: *Fernsehgespräch mit Günter Gaus*. In: *Ich will verstehen*. München 1996, S. 70.

Impressum

Herausgeber:
Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion:
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Text:
Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

Bildnachweis:
Grafiken und Fotos: Überparteiliche Fraueninitiative

Gestaltung:
ultramarinrot

Herstellung:
Druckerei Conrad GmbH

ClimatePartner[°]
klimaneutral

Druck | ID 11380-1711-1003

1. Auflage
ISBN 978-3-922581-24-6

Bestellungen richten Sie bitte an:
Abgeordnetenhaus von Berlin
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

